Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Neunundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 173.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 9. März

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Amtliches.

Berlin, 8. März. Der König hat dem Rechnungsrath Wienrich zu Sigmaringen den Rothen Adlerord. 3. Kl. mit der Schleife, dem Kreis-Physikus Dr. Reche in Kosel den Charakter als Sanitätsrath verliehen.

Der Kaiser hat im Namen des deutschen Reichs die Wahl des ordentl. Prof. in der philosoph. Fakultät der Universität Straßburg, Dr. Hermann Baumgarten, zum Rektor dieser Universität für das Jahr vom 1. April 1876 bis zum 1. April 1877 bestätigt.

Dem bish. königl. Landbaumeister Friedrich Endell zu Stettin ist, unter Beförderung zum königl. Bauinspektor, eine etatsmäßige Stelle als technischer Hülfsarbeiter bei der Bauabtheilung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten verliehen worden.

Vom Landtage.

22. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 8. März, 10 Uhr. Am Ministertische Falk, Achenbach, Ministerialdirektor Förster, Geh.-Rath Bendemann, Ober-Berghauptmann Krug v. Nidda u. A.

Die Kommission zur Vorberathung des Kompetenzgesetzes ist gewählt und hat sich wie folgt, konstituirt: Hänel (Vorsitzender), Miquel (Stellvertreter). Haken, Krah und Gornig (Schriftführer). — Der Vorstand der Kommission für die Vorlage über die Vertheilung der öffentlichen Lasten bei Dismenbrationen und Gründung neuer Ansiedelungen besteht aus den Abgg. Mühlenbeck (Vorsitzender), Lipke (Stellvertreter desselben), v. Corswant (Schriftführer), Gajewski (Stellvertreter desselben).

Das Haus setzt die erste Berathung des Gesetzentwurfs über die Aufsichtsrechte des Staates bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diözesen fort.

Abg. **Dauzenberg**: Bei der Berathung des Gesetzes über die Vermögensverwaltung der katholischen Kirchengemeinden im vorigen Jahre hat es einen eigenthümlichen Eindruck auf mich gemacht, vom Kultusminister zu hören, die Staatsregierung habe bei Vorlegung dieses Gesetzes einen wohlwollenden Zweck für die katholische Kirche im Auge. Ich erklärte damals, die Regierung möge uns nur in Ruhe lassen, dann wären wir schon zufrieden. Gestern hat der Abg. Reichensperger nun dieses Wohlwollen der Regierung in markigen Zügen gezeichnet. Wenn der Kultusminister darauf erwiderte, diese Kennzeichnung habe nur wiederum den Zweck, ins Land hineinzurufen: „seht, ihr Katholiken, welch eine böse Regierung ihr habt", so ist er gewaltig im Irrthum. Ein solcher Ruf ins Land hinein ist gar nicht mehr nothwendig; das Land weiß es ohnedies recht gut, welch eine feindselige Staatsregierung die katholische Kirche hat. (Sehr wahr! im Zentrum.) Das schmerzliche Bewußtsein ist tief in die Herzen der Katholiken eingedrungen, daß wir seit fünf Jahren nicht mehr wie Landeskinder behandelt werden. (Ruf links: Phrasen!) Nun meine Herren, forschen Sie doch einmal im Rheinland nach der Stimmung der dortigen katholischen Bevölkerung, natürlich aber müssen Sie die Reise nicht in solcher Weise antreten, wie sie im vorigen Jahre der Kultusminister gemacht hat. (Heiterkeit.) Die Beamten, die den Minister dabei fortwährend umgaben, sorgten dafür, daß die wahre Stimmung des Landes nicht zu seiner Kenntniß kam, sie fälschten die Stimmung durch allerlei Manipulationen, die geradezu in das Gebiet des Lächerlichen fielen. Der Minister erklärte gestern, die Regierung wolle die evangelische Kirche aus den Banden des Staates befreien, und das behauptet er, der seitdem er ins Ministerium getreten, nichts Angelegentlicheres zu thun gehabt hat, als die katholische Kirche in diese Bande hineinzuschlagen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Ich kann mir sehr gut erklären, daß Herr Petri und seine Partei Handlangerdienste in diesem Bestreben leisten. Das ist ganz natürlich. Manus manum lavat. Die Partei des Abg. Petri macht uns verhältnißmäßig außerordentlich wenig Sorge. Sie hat bisher nur eine negative Kritik ausgeübt, von positivem Aufbau habe ich bisher wenig gesehen. Die ganze Stärke dieser Partei besteht in der Unterstützung, die sie von der Staatsregierung erhält. Der Altkatholizismus existirt überhaupt nur von Regierungs Gnaden. (Sehr wahr! im Zentrum.) Ich muß allerdings diesen Herren die Anerkennung widerfahren lassen, daß sie sehr dankbare und für die Gunst der Regierung höchst empfängliche Kinder sind, und daß sie nach ihren schwachen Kräften sich bemühen, die guten Dienste der Regierung ihrerseits dadurch zu erwidern, daß sie ganz außerordentlich servil sind. (Große Unruhe links. Rufe: Zur Ordnung.) Präsident **v. Bennigsen**: Ich rufe den Redner wegen seiner letzten Aeußerung zur Ordnung.

Abg. **Dauzenberg**: Ich habe die Aeußerung nicht gegen ein Mitglied des Hauses gebraucht, sondern gegen eine außerhalb des Hauses befindliche Partei gerichtet. Die Praxis des Hauses hat ja ergeben, daß an derartige Aeußerungen kein so strenger Maßstab gelegt wird, wenn sie gegen außerhalb des Hauses Stehende gerichtet sind.

Präsident: Der Redner hat unmittelbar vor seiner völlig ungehörigen Aeußerung den Namen des Abg. Petri ausdrücklich genannt. Ich halte den Ordnungsruf aufrecht und kann mich auf eine weitere Diskussion hierüber nicht einlassen.

Abg. **Dauzenberg** (fährt fort): Die Erfolge, die der ganze Kulturkampf bisher erreicht hat, sind wahrlich keine guten. Sie haben einen gewaltigen Riß in die Bevölkerung Preußens hineingebracht und Zustände herbeigeführt, die einer großen Sühne für die Zukunft sehr bedürftig sind. — Meine Stellung zu dieser Vorlage ist eine absolut ablehnende. Ich erkenne an, daß sie ein Gebiet berührt, welches in gewisser Beziehung der Zuständigkeit des Staates unterliegt, indem der Staat an der Vermögensverwaltung ein Interesse hat. Aber niemals kann ich zugeben, daß die Staatsregierung berechtigt sein soll, organische Einrichtungen über die Vermögensverwaltung der katholischen Kirche zu treffen; sie hat vielmehr das natürliche Recht der Selbstständigkeit der Kirche auch in Bezug auf die Vermögensverwaltung zu respektiren, und nur innerhalb dieser Schranken darf der Staat sein Aufsichtsrecht ausüben. Was den in den Motiven erwähnten Fall des Fürstbischofs Förster von Breslau betrifft, so hat er die betreff. Gelder nur vor dem Staatskommissar für die bischöfliche Vermögensverwaltung, den jeder Katholik doch mit eigenthümlichen Augen ansehen muß, in Sicherheit bringen wollen (Aha! links. Heiterkeit.) Das war sein Recht und seine Pflicht; und für die Erfüllung dieser Pflicht wird das katholische Volk ihm Dank wissen. Es ist nur schade, daß er nicht mehr genommen hat. (Hört! links. Sehr gut! im Zentrum.) Der Fürstbischof von Breslau zeichnet sich besonders durch große Uneigennützigkeit aus, (Gelächter links) er hat die Mittel, die ihm zur Verfügung standen, stets mit wahrhaft fürstlicher Großmuth verwandt; in den Motiven aber wird sein Verfahren, wenn auch nicht direkt, als eine ehrliche Handlung dargestellt. (Sehr richtig! links.) Das verdient den schärfsten Tadel. Das Vertrauen der Katholiken Preußens in die staatlichen Aufsichtsbehörden ist tief gesunken. Die Staatsregierung thäte besser, vor ihrer eigenen Thüre zu kehren und ihre eigenen Organe besser zu kontroliren, anstatt unsere Vermögensverwaltung zu beaufsichtigen. In Köln spielte sich vor Kurzem ein Herr als Regierungskommissar auf, um das Vermögen der dortigen Ursulinerinnen in Verwaltung zu nehmen. Aber keine 8 Tage waren verflossen, so wurde derselbe Herr wegen Unterschlagung einer bedeutenden Summe steckbrieflich verfolgt. Im Jahre 1874 habe ich selber für unsere Kirchenverwaltung einen Vertrag wegen Ablösung von staatlichen Verpflichtungen der Kirche gegenüber geschlossen, der vollständige Rechtskräftigkeit erlangte und schon am Ende desselben Jahres vollstreckbar wurde. Die Rentenbank zu Münster hatte die Auszahlungsverpflichtung für den 1. April v. J. übernommen. Trotzdem erfolgte die Zahlung — es handelte sich hier um die bedeutende Summe von 17–20 000 Mark — am 1. April nicht, inzwischen trat am 22 April das Sperrgesetz in Kraft und wir sind auf diese unverantwortliche Weise des ganzen Geldes verlustig gegangen. (Hört! im Zentrum.) Es verlautete geradezu, daß von bezüglicher Seite der Rentenbank ein Wink gegeben sei, die Auszahlung bis zum Eintritt des Termins vom 22 April zu verzögern und uns so unseres Eigenthums zu berauben. Ich kann an die Wahrheit dieses Gerüchts nicht glauben, denn das wäre eine geradezu unehrliche Handlung, die nicht genug gebrandmarkt werden könnte. Aber ich frage, wie kann solchen Vorkommnissen gegenüber irgend ein Vertrauen der katholischen Bevölkerung in die Aufsichtsbeamten der Regierung noch existiren? Der Abg. Wehrenpfennig hat sich als schlechter Prophet erwiesen. Er sagte vor zwei Jahren, der Tag werde ihm und seinen Freunden ein gesegneter sein, wo wir wieder in Frieden zusammenleben können; er fügte aber hinzu: dieser gesegnete und erwünschte Tag würde nur dann schnell herbeigeführt werden, wenn die Regierung ihren starken Arm auf den Nacken der katholischen Kirche legte. Wenn dies für die Tage der Zukunft gelten sollte, dann fürchte ich sehr, dieser gesegnete Tag wird niemals kommen; er wird für Preußen erst dann erscheinen, wenn Gesetzgebung und Verwaltung in Preußen auch für die Katholiken und für ihre Kirche wieder Gerechtigkeit walten lassen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Sybel**: Ich freue mich konstatiren zu können, daß ich in einigen Sätzen des Vorredners ganz seiner Meinung bin. Erstlich ist es der Satz, daß dieser Gesetzentwurf von dem hohen Hause werde angenommen werden und dann der, daß dies Gesetz ebenso wie das vorjährige über das Gemeindevermögen die inneren Angelegenheiten der Kirche nicht tangire. Von diesem Standpunkte sind überhaupt auch die Maigesetze erlassen, die nur den einen Zweck haben, die Grenze zwischen Kirche und Staat auf eine gesunde und normale Weise zu ziehen und die unveräußerlichen Staatshoheitsrechte wieder in Preußen festzustellen, welche durch enge mißverstandene Praxis außer Uebung gekommen waren. Der Abg. Dauzenberg seufzt: wir Katholiken werden seit dem Beginn des Kulturkampfes gar nicht mehr wie Landeskinder behandelt. Dieser pluralis majestatis „wir Katholiken" ist ja eine auf Ihrer Seite sehr geläufige Redeweise. Sie thun immer so, als wenn außer Ihnen und Ihren Freunden gar keine Katholiken im Lande wären. Der Minister hat aber bei seiner Reise durch die rheinischen Städte sehr deutlich erkennen können, wie viel Katholiken es giebt, die ganz und gar nicht Ihrer Meinung sind (Oho! im Zentrum), die sich als Landeskinder geriren und auch als Landeskinder behandelt werden. Bei einer großen Anzahl Ihrer Gesinnungsgenossen draußen ist zwar die Frage wohl motivirt: sind sie überhaupt noch Landeskinder? fühlen sie sich noch als Unterthanen des preußischen Staates? sind sie nicht einfach Unterthanen Seiner römischen Heiligkeit und sonst Niemandens? (Oho! und Lachen im Zentrum). Diese Thatsache geht parallel mit einer Reihe von Grundsätzen, die wir oft von Ihnen haben verkündigen hören. So viel ist gewiß, daß, wenn Sie meine Frage mit einem trockenen Nein beantworten, wenn Sie erklären: nein, wir sind nur in den speziell kirchlichen Angelegenheiten Unterthanen des Papstes, in allen anderen Dingen aber nicht, — (Abg. Reichensperger: Unzweifelhaft!) so würden Sie von Rom aus Ihre gehörige Rektifikation bekommen. (Heiterkeit.) Lesen Sie doch das offiziöse Organ der römischen Kurie, die „Voce della verita". Sie haben in allen Ihren Organen das neueste literarische Kind der Reichenspergerschen Muse vielfach gepriesen, dieses sogenannte „Wort zum Frieden". Wer das interessante Büchlein gelesen hat, der hat sich freilich überzeugt, daß die Friedenspropositionen lediglich auf Unterwerfung des Staates unter die Kirche hinauslaufen; aber es ist doch in Form und Titel als Friedenswort angekündigt. Nun sehen Sie einmal, wie die „Voce della verita" über das Friedenswerk und die Reichenspergersche Broschüre sich ausspricht; sehen Sie einmal, wie hier von hoher Stelle der Verfasser abgekanzelt wird. (Heiterkeit links.) Lesen Sie darin, wie ihm eingeschärft wird, in Zukunft seine Auffassungen der preußischen Verhältnisse zu korrigiren und niemals sich der Illusion weiter hinzugeben, daß jemals ein Hohenzoller existiren könnte, der nicht ein geborener Feind der römischen Kirche sei. (Hört! links.) Oder lesen Sie die „Civilta cattolica," dieses von Sr. Heiligkeit selbst organisirte, in seiner Redaktion fortwährend von dem Papste selbst kontrolirte Organ. (Ruf: Das ist nicht wahr!) Das ist wohl wahr, die Aktenstücke darüber sind publizirt. Im Oktoberhefte des vorigen Jahres können Sie die einfachen Sätze lesen: „Wer den Papst hört, hört Gott. Wir haben ihm nicht blos im Handeln, sondern auch im Wollen und Denken unbedingt zu gehorchen;" von irgend einem Unterschiede zwischen kirchlichem und politischem Handeln ist absolut keine Rede. Dieser Erzsouverän hält alle seine Ansprüche seiner mittelalterlichen Omnipotenz heute wie zu allen Zeiten aufrecht. Wenn der Vorredner Recht hat, daß der Erzbischof Förster zu seiner Flüchtung der 900,000 Mark über die Landesgrenze hinaus durch das bisher geltende Gesetz durchaus befugt war, so wüßte ich gar kein zwingenderes Argument für die Nothwendigkeit der Aenderung dieses rechtlichen Zustandes. (Sehr wahr! links.) Dem Abg. Reichensperger gebe ich darin vollkommen Recht, daß die Ministerien Raumer und Mühler nicht blos passive Zuschauer bei dem Heranwachsen des Systems waren, welches in unserer Zeit endlich den Staat zur Gegenwehr gezwungen hat; sie haben eifrig mit eigenen Händen Bausteine zu dem Gebäude der kirchlichen Souveränetät herbeigetragen. Wir bedauern das aus tiefstem Herzen, denn ohne ein solches Verhalten der damaligen Staatsregierung wäre heute kein Anlaß zu irgend einem Kulturkampf gewesen aber je mehr in jener Zeit von allen Seiten gefehlt ist, um so dringender ist es heute, nachdem die Folgen klar an das Tageslicht gekommen sind, endlich Einhalt zu thun und im Interesse der Nation und des Staates zu den früheren Zuständen zurückzukehren. Bei den Klagen des Vorredners habe ich übrigens den nach meinen Gefühlen nicht eben guten Geschmack bedauert, womit er in einem Athemzuge von dem Flüchten der 900,000 Mark durch den Fürstbischof und das Durchbrennen eines staatlichen Steuereinnehmers dem Hause vorgeführt hat. (Sehr gut! links. Heiterkeit.) Die Besteuerung des katholischen Volkes durch die höheren kirchlichen Behörden hat im Laufe der Jahre sehr bedeutende Dimensionen angenommen. Nach den Angaben des kirchlichen Anzeigers für die Erzdiözese Köln hat man die unter verschiedenen Titeln erhobenen kirchlichen Steuern dieser einen Diözese ungefähr auf den Betrag von jährlich 300,000 Mark veranschlagt. Diese Summen werden unter sehr mannigfachen Titeln erhoben. Da heißt es bald: Fastendispens, dann Xaveriusverein, dann Peterspfennig, dann Michaelssteuern. (Rufe im Zentrum: das sind doch keine Steuern?) Das sind natürlich vollkommen freiwillige Geschenke. Wir haben ja auch im Staate den Ausdruck: „Freiwillige Anleihen", Einjährige Freiwillige". (Große Heiterkeit.) In ganz ähnlicher Weise „freiwillig" sind denn auch diese Abgaben. Wer sie nicht leistet, steht unter den kirchlichen Zwangsmitteln. (Oho! und Lachen im Zentrum. Abg. Windthorst (Meppen): das ist nicht wahr!) Es scheint leider durch eine dreißigjährige Erziehung in einem sehr großen Theil unserer katholischen Bevölkerung der Hinweis auf die Strafe oder Belohnung im jenseitigen Leben eine ebenso sicher angenommene Realität geworden zu sein, wie für uns andere die Hinweisung auf das Strafgesetzbuch. Sie können in unseren rheinischen Dörfern eine ganze Menge von Leuten finden, die sehr einfach erklären: wenn ich mich irgend einem Wunsche oder Gebote meines Pfarrers widersetze und nicht nach demselben handle, so riskire ich, daß er mich auf 300 Jahre ins Fegefeuer bringt. (Große Unruhe im Zentrum. Rufe: Das ist ein Skandal! Das ist eine Beleidigung! Abg. Reichensperger erhebt sich: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung. Der **Präsident** erklärt, während Abg. Reichensperger sich anschickt, weiter zu sprechen, diese Unterbrechung mitten in der Rede eines anderen Abgeordneten für völlig unzulässig.) — Meine Herren, ich bringe eine rein sachliche Darstellung, ich profanire keine Einrichtungen, ich spreche nur von dem Gemüthszustand Ihrer Bevölkerung, wie er sich allmälig im Laufe der Jahre gestaltet hat. Wenn Ihnen das eine unangenehme Wahrnehmung ist, so hoffe ich, Sie werden einen Einfluß auf die Geistlichkeit ausüben, daß dieser Gemüthszustand sich möglichst bald ändern werde. Nun aber werden die eben erwähnten Erhebungen an Geldeswerth in einer der Steuererhebung ganz ähnlichen Weise organisirt. Sie wissen, wie seit der Sperrung zahlreicher Pfarrgehalte in einer Menge von Ortschaften verfahren ist. Verschiedene solcher pfarramtlichen Ausschreibungen oder Kanzelreden sind in die Oeffentlichkeit gelangt. Ein Pfarrer hat von der Kanzel herab verkündet, er habe eine Steuerliste nach der Liste der Klassensteuer angefertigt; jeder der niedrigsten Klasse Angehörige habe 15 Sgr., die aus den höheren Klassen entsprechend Höheres zu zahlen. Sodann fügte er hinzu, wer es etwa nicht thun sollte, solle wohl bedenken, daß ihn als Pastor Mittel und Gelegenheit genug zustehen, um es der Familie und den Kindern des Betreffenden zu entgelten. (Hört! links. Unruhe im Zentrum.) Im vorigen Jahre als für die Erhebung des Peterpfennigs im Kreise Mettmann der kirchlich gesinnte Steuereinnehmer als Agent angestellt war, schickte dieser Mann zu jedem der katholischen Stadteingesessenen mit dem Steuerzettel zugleich einen ganz ähnlich formulirten Peterspfennigzettel, von ihm unterschrieben, in das Haus. Ich bitte Sie nun, sich die Bevölkerung unserer unteren Klassen zu vergegenwärtigen, so wird Ihnen klar sein, daß ganz prompt und regelmäßig die Gelder ebenso für den Peterspfennig als für den Staat eingezahlt werden. Der Peterspfennig hat in der Erzdiözese Köln einen Jahresdurchschnitt von 7250 Thlrn., die vorhin von mir erwähnte Michaelsbrüderschaft aber, die nach ihrem Statut für die Bildung einer religiös-militärischen Genossenschaft wirkt, in derselben Diözese einen Jahresdurchschnitt von 56,000 Thlrn. an Steuern eingenommen. (Hört! hört! links.) Gegenüber einer solchen maßlosen Besteuerung, deren Ertrag außer Landes geht, ist doch wahrlich die Forderung berechtigt, daß der Staat eine gesetzliche Möglichkeit habe, diese Kassen zu beaufsichtigen. (Sehr wahr! links.) Ich mache ferner aufmerksam auf die Organisation der klerikalen Presse. Bei der ersten deutschen Bischofskonferenz in Fulda sind darüber Beschlüsse gefaßt worden, die in der „Kölnischen Zeitung" vor zwei Jahren veröffentlicht worden sind. Wenn Sie in diesen Bestimmungen überall wo „Bischof" steht, statt dessen „Minister", und wo „Preß Komite" steht, „Preß-Bureau" setzen, so ist es nichts anderes, als in erweitertem Maßstabe die Organisirung einer subventionirten, disziplinirten, von ihrer Regierung vollständig abhängigen Presse. (Sehr wahr! links.) Wenn der Abg. v. Schorlemer vor einigen Wochen sich so bitterlich über die Preß-Husaren beschwert hat, so möchte ich ihm anheimgeben, doch auch einmal über die sehr viel zahlreicheren Preß-Kapläne nachzudenken. (Sehr gut! links.) Sie sagen, diese Subvention kommt aus freiwilligen Beiträgen, aus der Kasse des Bischofs. Wo ist denn aber der Unterschied? Ich habe Sie vorher darauf aufmerksam gemacht, daß diese Preßorgane in den Händen der absolut gehorsamen Unterthanen Seiner Heiligkeit sind, daß Seine Heiligkeit durchaus die Vorstellung hat, Regierung zu sein, wie irgend eine Staatsregierung der Welt. Die einfache Frage ist nun die: soll dem Staate recht sein, was der Kirche billig ist? soll der Staat in der Lage sein, gelegentlich mit eigenen Organen sich gegen die Angriffe dieser disziplinirten Kirchenorgane zu wehren oder nicht? Ich will durchaus nicht eine Verstärkung der Fonds unserer Presse und Preßbureaus bis zur Höhe der für die katholisch-kirchliche Presse jährlich verwendeten Summen wünschen, im Gegentheil möchte ich alle diese offiziösen Pressen auf Seiten des Staates und der Kirche in möglichst enges Maß eingeschränkt sehen. Wenn ich mir die Frage wiederhole, die ich zu Anfang aufwarf, woher weiß denn das Land, daß es „eine so schlechte Staatsregierung" hat, so ist mir die Antwort sehr klar. Diese Kenntniß hat das Land empfangen durch die Organisation der katholischen Presse, welche der Fuldaer Bischofskonvent ins Leben gerufen hat. Nur durch diese Entstellungen, Lügen und Erfindungen, und durch nichts anderes. (Beifall links, Zischen im Zentrum)

Kultusminister Dr. **Falk**: Ich halte mich für verpflichtet, eine Anführung des Abgeordneten Dauzenberg, betreffend die Rentenbank zu Münster zu berichtigen. Der § 1 des Gesetzes vom 22. April 1875 bestimmt absolut, daß eine Einstellung der Staatsmittel von dem Tage der Verkündigung des Gesetzes an einzutreten habe und da konnte die Staatsregierung keinerlei Ausnahme eintreten lassen. Nun weiß ich aus Erfahrung, daß die Geistlichen hin und wieder äußerst säumig in der Erhebung ihrer Gelder gewesen sind; statt am Anfang des April kommen sie im Mai; ich konnte ihnen dann nicht mehr das Geld auszahlen. Außerdem tritt in dem vorliegenden Falle hinzu, daß, wie ich von einem Sachverständigen dieses Hauses, dem Abgeordneten Schellwitz erfahren habe, die Ausfertigung der Rentenbriefe nicht sofort geschehen kann, sondern mindestens vier Wochen in Anspruch nimmt, und da sie am 1. April fällig waren, so verfielen sie während dieser vierwöchentlichen Frist dem Gesetze. Wenn Abg. Dauzenberg Andeutungen giebt, als ob von oben Anweisungen auf Verzögerung ergangen seien, so kann ich ihm rundweg erklären, daß dies von meiner Seite nicht geschehen ist.

Abgeordneter **Reichensperger** (zur Geschäftsordnung): Bei

der Rede des Abgeordneten Dauzenberg hat der Präsident auf verschiedene Zurufe von der Linken her sich veranlaßt gesehen, den Redner zur Ordnung zu rufen, während er es trotz meines Zurufs bei der Aeußerung des Abgeordneten von Sybel nicht gethan hat, obwohl dieselbe nach meiner Auffassung einen Angriff gegen die Institutionen der katholischen Kirche enthält. Ich beantrage deshalb gegen den Abg. von Sybel ausdrücklich einen Ordnungsruf.

Präsident v. Bennigsen: Ich habe zunächst zu bemerken, daß die mißbilligenden Rufe, die während der Rede des letzten Redners verschiedentlich vorgekommen sind, durch mich nicht gehindert worden sind. Wenn derartige Rufe vorkommen, und wenn nicht eine wirkliche Störung und große Unruhe im Hause dadurch eintritt, so habe ich geglaubt, im Interesse der Diskussion solche Unterbrechungen nicht zurückweisen zu dürfen. Sie jedoch sind aufgestanden, haben um das Wort gebeten und haben mitten in der Rede des Abgeordneten von Sybel angefangen zu sprechen; das ist meiner Ansicht nach nicht zuläßig; das habe ich zurückgewiesen, weiter nichts. Was nun die Aeußerung des Abg. v. Sybel anlangt, über die Sie sich beschweren und gegen welche Sie einen Ordnungsruf verlangten, so will ich zunächst formell bemerken, um kein Präjudiz aufkommen zu lassen, daß es mir zweifelhaft ist, ob Sie bei Gelegenheit einer Bemerkung zur Geschäftsordnung dazu ein Recht haben. Das will ich jedoch im Augenblicke nicht untersuchen; ich will nur erklären, aus welchem Grunde ich gegen die Aeußerung des Abg. v. Sybel nicht eingeschritten bin, obgleich ich mich persönlich als Vorsitzender dazu nicht verpflichtet halte. Ich habe den Abg. v. Sybel bei seiner Aeußerung nicht rektifizirt, weil ich dieselbe dahin aufgefaßt habe, daß er unter einem allerdings sehr drastischen Bilde geschildert hat, wie er die Empfindungen auffaßt, die die ländliche Bevölkerung am Rheine darüber hegt, daß sie von den Dispositionen der Geistlichen vollständig abhängig ist. Ob eine solche Auffassung des Abg. v. Sybel unrichtig ist, habe ich nicht zu untersuchen gehabt, wohl aber, ob in einer solchen Aeußerung etwa eine Verunglimpfung katholischer kirchlich-religiöser Lehren enthalten ist. Das habe ich — und ich hoffe, das Haus wird mir darin Recht geben — in der Weise, wie Herr v. Sybel in diesem Bilde seiner Meinung Ausdruck gegeben hat, nicht finden können, und bei dieser Auffassung muß ich noch bleiben, nachdem Sie mir Gelegenheit gegeben haben zu überlegen, ob ich Recht gehabt habe, dagegen nicht einzuschreiten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Reichensperger: Ich danke dem Herrn Präsidenten für seine Ausführung und bemerke nur, daß mein Aufstehen keinen anderen Sinn haben sollte, als meine Aufforderung zum Ordnungsruf möglichst wirksam zu machen.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Der Abg. v. Sybel hat Veranlassung genommen, über die Organisation der katholischen Presse zu sprechen und gesagt, daß auf diese Weise dem Volke täuschende Nebelbilder vorgehalten würden; leider muß ich erklären, daß die Organisation nicht in die Realität getreten ist; aber wenn wir sie zu organisiren suchen, so ist dies für uns nur Pflicht, um uns gegen die staatlich organisirte Reptilienpresse zu wehren. Der wesentliche Unterschied zwischen dieser und unserer Presse ist der, daß wir die unsrige mit eignen Mitteln unterhalten, während die Reptilienpresse von Seiten des Staates also auch aus unserer Tasche Subvention empfängt und das wollen wir nicht. Abg. v. Sybel hat uns weiter gesagt, daß wir uns nicht mehr als Unterthanen fühlten. Das Gefühl des Unterthanen wird uns schon beigebracht, aber als Staatsbürger können wir uns freilich leider immer weniger fühlen. Das erwähnte Statut der Michaelbrüderschaft ist durchaus nicht neu, sondern stammt aus einer Zeit her, wo noch preußische Offiziere Urlaub nahmen, um in die päpstliche Armee zu treten und den ältesten legitimen Thron zu vertheidigen. Auf die weiteren Ausführungen des Abg. v. Sybel will ich nicht eingehen; er hat gestern selbst gesagt, daß er zur Zeit des Frankfurter Parlaments ein gutgesinnter, aber schlecht unterrichteter Jüngling gewesen sei; darauf kann ich ihm nur bemerken, daß er sich seine volle Jugendlichkeit bewahrt hat. (Heiterkeit.) Abg. Petri hat gestern betont, daß die Selbstverwaltung auch auf dem Gebiete der kirchlichen Vermögensverwaltung durchgeführt werden müsse; dann kann er aber unmöglich die Vorlage annehmen, denn sie widerspricht direkt der Selbstverwaltung. Daß der Etat über das Kirchenvermögen genau aufgestellt werde, damit können wir völlig einverstanden sein, denn unsere Priester brauchen dies nicht zu scheuen; ich hätte nur gewünscht, daß uns im Etat ebenfalls genau Rechenschaft gegeben würde über die Staatssubvention an die Altkatholiken. Der Abg. Hänel hat am 28 Februar mit beherzigenswerthen Worten auf die von der Verfassung garantirte Parität der Kirchen hingewiesen, aber diese Parität besteht für uns nicht. Wir wundern uns deshalb durchaus nicht über diese Vorlage, wir wundern uns nur darüber, daß man hofft, den Staat mit solchen Gesetzen zu kräftigen, welche geeignet sind, ihn zu stürzen. Die Majorität wird allerdings wieder der Vorlage zustimmen, und ich hoffe auch nicht, Sie umzustimmen, aber das werden Sie doch nicht verkennen, daß mit dem Anfang des Kulturkampfes eine erhebliche Anzahl von Verfassungsparagraphen nicht allein der religiösen, sondern auch der bürgerlichen Freiheit gefallen ist. Für mich hängen beide eng zusammen und eine ohne die andere kann ich mir nicht vorstellen. Ich weiß nicht, ob der Urheber des Kulturkampfes, der Fürst Bismarck wegen dieser Zerstörung der bürgerlichen Freiheit kürzlich ein Ehrenbürgerrecht bekommen hat, aber das sage ich: die bürgerliche Freiheit steht vor einem kaudinischen Joch. (Oho! links.) Fühlen Sie sich so sicher? Mir fällt eine historische Reminiscenz aus dem dritten punischen Kriege ein, wo Scipio Africanus die Karthager zunächst aufforderte, sämmtliche Waffen und Schiffe auszuliefern und als sie dies gethan, sie schließlich zwang, mit Weibern und Kindern auszuwandern. Auf ähnliche Weise wird der Liberalismus, der jetzt eine Waffe nach der andern der Regierung ausliefert, sich selbst vernichten, und auf das Grab desselben wird das Volk Immortellen der Täuschung und der Geringschätzung legen. Bei Beginn des Kulturkampfes entstand in der Regierung die Frage, ob man mit Polizeimaßregeln oder auf dem Wege der Gesetzgebung vorgehen solle; man zog schließlich das letztere als das für die Regierung weniger gefährlichere vor, und die Folge davon war die ganze Reihe der Kirchengesetze. Seitdem man jedoch mit dem Gesetze über die Verwaltung des Kirchenvermögens der kirchlichen Gemeinden so glänzend Fiasko gemacht hat, und dies Gesetz ein wahres Plebiszit für den Kultusminister geworden ist, ist man vorsichtiger geworden. Ich frage aber, was man denn eigentlich seit Beginn des Kulturkampfes erreicht hat? Ich anerkenne ja, daß für die Kirche die sieben mageren Jahre herangekommen sind, aber fünf sind davon schon vorübergegangen, und wir sind durchaus noch nicht entkräftet. Man hofft allerdings auf eine zukünftige Generation, aber Sie werden mit unseren Söhnen, die sich unserer würdig erweisen werden, ebenso zu kämpfen haben, wie mit uns, der Erfolg wird freilich für das Land ein schrecklicher sein. Man hat sich auf die Unterstützung eines großen Theils der Katholiken verlassen, aber mit Ausnahme einiger Tausender von Staatskatholiken und weniger abtrünniger Priester ist Niemand auf Seite des Staates getreten, und diese werden nur durch Staatssubvention festgehalten. Man hat uns zugerufen, daß wir schon mürbe werden würden; aber es geht uns wie dem Gußstahl: unter dem Hammer werden wir nur noch härter. (Beifall im Zentrum.) Wir kämpfen für ein Prinzip und in diesem Kampfe müssen alle Opfer gebracht werden. Der Staat wird schließlich die Schädlichkeit des Kulturkampfes einsehen und ihn dann einstellen müssen. (Widerspruch links.) Nur durch eine völlige Trennung von Staat und Kirche werden sie aus dem Dilemma, in dem Sie sich befinden herauskommen. In den Motiven wird unter Anderem auch auf das Vorgehen des Bischofs Förster hingewiesen, aber derselbe hat um so mehr recht gehandelt, als ein Theil der mitgenommenen Summe aus eigenem Vermögen stammte, während der andere eine Sammlung für Geistliche war, die durch die Maigesetze nicht tangirt wurde. Wenn der Abg. v. Sybel an der bona fides des Bischofs von Hildesheim zweifelt, so erwidere ich ihm: wir danken Gott, daß wir solche Männer haben, die so pflichtgetreu das anvertraute Vermögen verwalten; soviel ich weiß, hat auch noch keine Gemeinde eine Aenderung in der Verwaltung verlangt. Dagegen habe ich vielfach aussprechen hören, daß das Kirchenvermögen in diesem Augenblick durch die Vorlage ebenso gefährdet sei, als die Baarschaft eines Herrn, welcher eine Reise durch die Abruzzen macht. (Heiterkeit.) Hat denn wirklich der Staat das Vertrauen, daß durch sein Aufsichtsrecht eine Wendung zum Bessern eintreten wird? Die Verwaltung der Geistlichen war bisher eine äußerst vorsichtige; wie die Verwaltung des Staats ist, das haben wir beim Invalidenfonds und Provinzialdotationsfonds gesehen. (Oho! links.) Ich will hier nicht auf die rechtliche Seite der Frage eingehen, die ist ja schon gestern vom Abg. Reichensperger ausführlich behandelt worden. Die Vorlage ist ein Schritt weiter auf dem Wege des Liberalismus nach Canossa; ich sage Ihnen, Ihr Verhängniß führt Sie nach Canossa (Heiterkeit); ich will Ihnen aber einen Trost mitgeben: auch wir werden dorthin gehen, und werden vor Ihnen dort sein, um Sie zu erwarten, wie einst Gregor VII. (Gelächter.) Der Prinzipal des Herrn Kultusministers, der Fürst Bismarck (Heiterkeit), führt den Kulturkampf, so lange es ihm gefällt, denn derselbe gehört nun einmal zu dem Irrgarten seiner Politik; aber er hat uns als Urheber des Kampfes den Frieden genommen, das Höchste, was wir haben, und deshalb schließe ich mit den Worten Schillers: „So lang' der Kaiser diesen Friedland läßt walten, wird kein Fried' im Land." (Beifall im Zentrum.)

Abg. Haucke: Ich kann nicht begreifen, wie man vor dem Lande Handlungen wie die des Fürstbischofs von Breslau, für glorreich erklären kann. Wie wollen Sie das Verhalten desselben anders beurtheilen, als daß sie sagen, dasselbe steht an der Grenze des Strafrechts. Der Staat wird sogar nach meiner Ansicht zu prüfen haben, ob nicht eine strafrechtliche Verfolgung einzutreten hat. Wenn der Abg. Dauzenberg den Abg. Wehrenpfennig für einen schlechten Propheten erklärt hat, kann ich ihm selbst das zurückgeben. Bei der ersten Berathung über die Verwaltung des kirchlichen Gemeindevermögens sagte der Abg. Reichensperger, daß man mit der Annahme eines staatlichen Aufsichtsrechtes das Vermögen säkularisire. Vergleichen Sie damit, was jetzt die gesammte klerikale Presse darüber sagt, wie sie der Meinung ist, daß alles beim Alten bleibt, so werden Sie mir zugeben, daß ich den Abgeordneten Reichensperger für einen schlechten Propheten halten darf. Der Abg. Dauzenberg hat ferner gesagt, daß wir Katholiken gemißhandelt und nicht mehr wie Landeskinder behandelt würden. Ich muß dagegen im Namen vieler Tausende von Katholiken protestiren. Wir fühlen uns nach wie vor als Landeskinder und sind gerade durch die Maßregeln der Regierung der Mißhandlung, die uns die Encyklika, der Syllabus und das Unfehlbarkeitsdogma auferlegen wollte, entzogen worden. (Sehr wahr! Lebhafter Beifall links.) Ich empfehle dem Hause die gründliche Berathung des Entwurfes in einer Kommission, da diese schweren gegen die Regierung vorgebrachten Anschuldigungen nicht durch Rede und Gegenrede im Plenum beseitigt werden können, und ich habe das Vertrauen zu meinen protestantischen Kollegen, daß sie, falls sich die Klagen als begründet herausstellen sollten, der Vorlage ihre Zustimmung nicht geben werden. (Beifall links.)

Damit wird die Diskussion geschlossen.

Persönlich bemerkt Abgeordn. v. Sybel: Ich muß, obwohl ich vom Herrn Präsidenten nicht zur Ordnung gerufen worden bin, doch mit Entrüstung die Verdächtigung des Abgeordn. Reichensperger zurückweisen ..

Vizepräsident Dr. Hänel: Ich rufe den Abgeordn. v. Sybel zur Ordnung, denn ich kann nicht dulden, daß einem Mitgliede des Hauses die Absicht der Verdächtigung zugeschrieben wird. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Sybel: Ich unterwerfe mich dem Ordnungsrufe und werde mir für die Zukunft eine Lehre daraus ziehen.

Vizepräsident Dr. Hänel: Die Unterwerfung unter den Ordnungsruf ist selbstverständlich, eine besondere diesbezügliche Erklärung kann ich nicht zulassen.

Abg. v. Sybel: Es steht doch gegen den Ordnungsruf der Appell an das Haus frei, und ich wollte nur positiv erklären, daß ich von diesem Rechte keinen Gebrauch machen wolle.

Vizepräsident Dr. Hänel: Der Appell an das Haus steht Ihnen frei, jedoch ohne jegliche Diskussion und Bemerkung.

Abg. v. Sybel: Ich habe nicht einen Angriff gegen Einrichtungen der katholischen Kirche gerichtet, sondern gegen den Mißbrauch derselben seitens der Geistlichen. Im Uebrigen werde ich meine Belehrungen über päpstliche Politik lieber aus der „Civilta cattolica" schöpfen, als aus Ihren (zum Zentrum) Vorträgen selbst auf die Gefahr hin, vom Abg. v. Schorlemer für gut gesinnt und schlecht unterrichtet gehalten zu werden.

Abg. Wehrenpfennig rektifizirt nach dem stenographischen Bericht seine früheren Aeußerungen, auf Grund deren ihn der Abg. Dauzenberg einen falschen Propheten genannt hat.

Die Vorlage wird nach dem Antrage Petri an eine Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Berathung des Staatshaushaltsetats für das Jahr 1876, und zwar zunächst des Etats für Berg-, Hütten- und Salinenwesen.

Abg. Hammacher beantragt, die Uebersicht über die Verwaltung der fiskalischen Bergwerke, Hütten und Salinen im Jahre 1874 der Budgetkommission zu überweisen.

Das Haus beschließt demgemäß.

Abg. Hammacher bezeichnet zu Kap. 14 Tit 1 (Einnahmen aus den Bergwerken 68,089,576 Mk) die diesjährige Etatsaufstellung der fiskalischen Steinkohlenbergwerke, namentlich den niedrigen Voranschlag der Königsgrube und der Königin Louise-Grube als den Verhältnissen entsprechend, da nach den Ermittelungen in der Gruppe eine Reduktion der Produktionskosten nicht zu erwarten stehe, eine Verhinderung des Minderabsatzes und Preisrückganges nicht in der Macht der Staatsregierung stehe, also auch eine erhebliche Minder-Einnahme eintreten müsse.

Regierungskommissar Oberberghauptmann Krug v. Nidda erwähnt, daß zu Northken in Samland der Versuch gemacht sei, Bernstein auf dem Wege des Bergbaues zu gewinnen, daß Bohrungen gemacht seien, welche zu der Hoffnung eines Erfolges berechtigten, obwohl nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden könne, ob die Bruttoeinnahme werde erzielt werden, welche vorläufig in den Etat eingesetzt sei.

Abg. Schmidt (Stettin) weist darauf hin, daß die Engrospreise für Bernstein um die Hälfte gesunken und daß namentlich der Bernsteinabsatz nach dem Orient, dem Hauptabsatzgebiet, in Folge stärkeren Angebots zurückgegangen ist. Würde der noch vorhandene Bernstein nicht großentheils von der Versendung zurückgehalten, so müßten die Preise noch mehr sinken. Der Grund hierfür liegt in der stärkeren Gewinnung von Bernstein im Samlande. Trotz des Preisrückganges empfiehlt Redner die Bewilligung der Position.

Abg. Hammacher will in Erwägung ziehen, ob nicht die bergpolizeilichen Bestimmungen des Berggesetzes auch auf diesen Zweig des Bergbaues auszudehnen seien, sobald sie die Grenzen des Versuches überschritten haben.

Abg. Lauenstein richtet an das Handelsministerium die Anfrage, welche Resultate die Bohrungen bei Stade ergeben hätten und ob die Vorarbeiten fortgesetzt werden würden.

Ober-Berghauptmann Krug v. Nidda erwidert, daß man bei Stade Formationen wie in Holstein gefunden habe, daß auch die Bohrungen den Privatbetrieb einer Saline dort hervorgerufen hätten, deren Rentabilität jedoch noch nicht erwiesen sei. Jedenfalls werde die Fortsetzung der Vorarbeiten weitere Aufklärungen bringen.

Tit. 1 und 2 werden genehmigt.

Zu Tit. 3 und 4 (Hüttenwerke 22,650,709 M.) beantragt Abg. Dr. Hammacher und Genossen: „Die Regierung aufzufordern, mit allen ihr zuständigen Mitteln dahin zu wirken, daß die der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahngesellschaft konzessionirte Eisenbahn von Langelsheim nach Klausthal endlich fertig gestellt werde."

Abg. Dr. Hammacher: Der Bergbau im Harz berechtigt zu den glänzendsten Hoffnungen, zu beklagen ist nur, daß nicht die nöthigen Verkehrswege zum Absatz der Produkte vorhanden sind. Als im Jahre 1872 die Regierung vom Hause eine Staatssubvention von 500,000 Thalern für die Magdeburg-Halberstädter Eisenbahngesellschaft zur Fertigstellung der Zweigbahn Langelsheim-Klausthal forderte, wäre von der Kommission gewiß dem Hause die Ablehnung der Bewilligung empfohlen worden, wenn nicht der Regierungskommissar in der Kommission erklärt hätte, die schleunige Fertigstellung dieser Bahn bilde ein Hauptinteresse des Harzbergbaues und auch der Bergfiskus habe daran ein Interesse von jährlich etwa 250,000 Thlr. Ohne namentliche Bezeichnung der zu subventionirenden Eisenbahngesellschaft kam das Gesetz am 3. Mai 1872 zu Stande. Nach einer vom damaligen Handelsminister eingeleiteten Konkurrenz verpflichtete sich die Magdeburg-Halberstädter Eisenbahngesellschaft zur Fertigstellung der Bahn ohne jede Staatssubvention, obwohl der Bericht der Eisenbahn-Untersuchungskommission ergiebt, daß die Genehmigung zur Betriebsübernahme der Hannover-Altenbekener Bahn durch die genannte Eisenbahngesellschaft mit der Uebernahme dieser Verpflichtung in gewissem Zusammenhange steht. Ist das richtig, dann hat die Staatsregierung das Recht und die Pflicht, auf die Fertigstellung der Bahn zu dringen, zumal ja nur die Strecke von Lautenthal bis Klausthal noch zu bauen ist und auch hier bereits die Kunstbauten, Tunnels etc. fertig gestellt sind, so daß nur noch der Hochbau und die Bahnhofsbauten mit einem Kostenaufwande von etwa 500,000 Thlr. restiren. Ob die Magdeburg-Halberstädter Eisenbahngesellschaft prästationsfähig ist, steht hier nicht zur Entscheidung, so lange sie ihre Obligationen verzinst und sogar noch eine Dividende giebt. Nöthigenfalls müßte die Regierung mit der Entziehung der Konzession vorgehen, da das Staatsfinanzinteresse heute dasselbe ist wie vor vier Jahren. Ich empfehle deshalb unseren Antrag zur Annahme.

Handelsminister Dr. Achenbach erklärt, daß er mit dem Antrage Hammacher einverstanden sei. Von Seiten der Regierung sei jede mögliche Pression zur Beschleunigung geübt worden und er habe von der Magdeburg Halberstädter Eisenbahngesellschaft die Zusicherung erhalten, daß dieses Unternehmen das erste sein werde, welches sie von ihren Projekten zu Ende führen werde und daß sie dazu in nächster Zeit im Stande zu sein hoffe. Eine praktische Anwendung des § 21 des Eisenbahngesetzes vom Jahre 1838 empfehle sich nicht, da sich schwerlich ein Käufer zu den Vorarbeiten finden werde.

Abg. Berger hätte gewünscht, daß sich die Regierung von der Magdegurg-Halberstädter Eisenbahn eine positivere Zusage hätte geben lassen, da es fraglich sei, ob diese überhaupt im Stande sei, den Bau zu Ende zu führen. Die Regierung hat auch in den Zeiten der guten Finanzlage nicht mit genügender Energie auf die Fertigstellung gedrängt, was um so mehr zu beklagen, als wir jährlich dadurch circa 100 000 Thlr. Transportkosten und eben so viel aus dem Forstfiskus verlieren.

Abg. Schröder (Lippstadt) bezweifelt, ob die Kreditverhältnisse der Magdeburg-Halberstädter Bahn sich bessern, sobald die von ihr garantirte dritte Emission der Hannover-Altenbekener Bahn nicht mehr aus dem Baufond verzinst wird. Die Courssteigerung ihrer Aktien kommt von dem Gerüchte, die Regierung beabsichtige die Halle-Kasseler Bahn zu kaufen. Sollte das der Fall sein, so empfehle sich zum Zwecke der nöthigen Information die möglichst frühzeitige Einbringung der betreffenden Vorlage.

Handelsminister Dr. Achenbach konstatirt dem Abg. Berger gegenüber, daß die preußische Regierung nichts verabsäumt habe, um die Fertigstellung der Bahn zu beschleunigen, daß aber die nöthige braunschweigische Konzession erst im Jahre 1875 ertheilt sei. Die Vorlage betreffend den Ankauf der Halle-Kasseler Bahn werde dem Hause möglichst bald vorgelegt werden.

Der Antrag Hammacher und mit demselben Titel 3 und 4 werden genehmigt.

Zu Tit. 5 und 6 (Salzwerke 5,164,890 M.) erbittet der Abg. Berger vom Handelsminister Aufklärung über den Umfang des durch die Ueberschwemmung in der Saline zu Schönebeck verursachten Schadens sowie über die staatsseitig getroffenen Hilfsmaßregeln, endlich ob sich die Zeitungsnachrichten bewahrheiteten, daß das Unglück durch mangelhafte bauliche Anlagen des Handelsministeriums bei der Elbkorrektion veranlaßt worden sei.

Handelsminister Dr. Achenbach: Die traurigen Folgen der Ueberschwemmung sind natürlich Gegenstand der ernstesten Erwägung der Staatsregierung gewesen; wir haben uns sofort die Frage vorgelegt, ob und in wie weit seitens des Staates helfend einzutreten sei. Zunächst waren wir indessen nicht in der Lage, bestimmte Beschlüsse fassen zu können, da der Umfang des Unglücks im ganzen Lande und in den einzelnen Theilen desselben sich bisher nicht genau ermessen läßt; sobald die in dieser Beziehung angeordneten Ermittelungen annähernd ein Resultat gegeben haben, zweifele ich nicht, daß die Regierung den Beistand des Hauses in Anspruch nehmen wird, um die Nothstände in ihren Folgen lindern zu helfen. Wenn ich mich nach dieser allgemeinen Bemerkung speziell zu dem Fall in Schönebeck wende, so kann ich mittheilen, daß ich sofort einen Rath aus dem Ressort der Bergverwaltung dorthin gesandt habe, um genau zu konstatiren, in welcher Weise die Saline und speziell die Salinenarbeiter in Mitleidenschaft gezogen seien. Es hat sich ergeben, was den Verlust an Salzbeständen anbetrifft, daß dieser nicht sehr hoch anzuschlagen ist, indem eine Beschädigung von ungefähr 19 000 Ctrn. Salz stattgefunden hat, was neben dem unbeschädigten Bestand von 15 000 Ctrn. nicht sehr erheblich ins Gewicht fällt. Auch hat der Kommissarius konstatirt, daß die Hilfe der Umgebung von Schönebeck eine sehr umfassende ist und daß sich damals bei seiner Anwesenheit nicht herausstellte, daß etwa eine Noth an den erforderlichen Nahrungsmitteln vorhanden gewesen wäre. Ebenso war in jener Zeit kein Zustand vorhanden, der zur Arbeitslosigkeit der unteren Klassen hätte hinführen können, sondern nach seinen Mittheilungen war gerade in diesem Augenblick, wo es sich darum handelte, die stattgehabten Verwüstungen zu beseitigen, eine starke Nachfrage nach helfenden Händen. Das war auch auf der Saline der Fall, wo man bald möglichst den Betrieb zu eröffnen suchte. Es hatte sich damals bei der Anwesenheit des Kommissars — es mag ungefähr acht Tage her sein — ergeben, daß bereits 450 Wohnungen — nicht Häuser — polizeilich als unbrauchbar für die künftige Benutzung erklärt worden waren und man damals annahm, daß möglicherweise noch eine Steigerung dieser Zahl auf das Doppelte stattfinden könnte; 103 Salinenarbeiter mit ihren Familien sind dabei betheiligt. Wir haben nun, da der größte Nothstand sich in der Wohnungsfrage herausstellte, sofort Anordnungen getroffen, um in dieser Beziehung zu helfen; wir haben die vorhandenen Räumlichkeiten des ehemal. Comptoirgebäudes der Fabrik dazu benutzt oder werden es dazu benutzen und die Anordnungen sind schon getroffen, um eine Anzahl Arbeiter dorthin überzusiedeln. Ebenso sind Anweisungen gegeben, mehrere größere Baracken mit einem Kostenaufwande von etwa 27,000 Mark zu errichten, um den größeren Theil der Familien der Salinenarbeiter unterzubringen. So wird es also gelingen, diejenigen Arbeiter, die an Wohnungsnoth leiden, für die nächste Zeit leidlich unterzubringen. Freilich wird noch eine größere Aufgabe herantreten, nämlich die Frage, in welcher Weise nun die bisherigen Wohnungen vollständig wiederherzustellen und zu zu restauriren sein werden. Unsererseits gedenken wir auf der Saline, wenn irgend möglich, schleunigst mit der Bauausführung von Arbeiterwohnungen vorzugehen, sodann aber wird bei den künftigen Maßregeln der Regierung, wenn solche dem Hause vorgelegt werden sollten, wahrscheinlich in erster Linie die Frage in Betracht kommen, in welcher Weise man Unterstützungen zum Häuserbau zu gewähren haben wird, wenigstens werde ich wesentlich, soweit es mich betrifft, hierauf das Augenmerk richten. Was die Ursache des Unglücks betrifft, so sind in dieser Beziehung von Seiten des landwirthschaftlichen Ministeriums und von mir selbst bereits Anordnungen getroffen. Mehrere Kommissarien sind an Ort und Stelle gesandt, um zunächst den thatsächlichen Zustand zu konstatiren und sich im Allgemeinen zu informiren, wem oder welcher Ursache diese Ueberschwemmung in Schönebeck zuzuschreiben sei. Es liegt aber in der Natur der Sache, daß bei derartigen vorläufigen Ermittelungen ein endgiltiges Resultat nicht gewonnen werden kann. Man spricht allerdings in dortiger Gegend, wie dies aus den Zeitungen bekannt geworden ist, daß die größeren landwirthschaftlichen Meliorationen, die in der Gegend stattgefunden haben, die Anlage des dortigen Kanals, dazu geführt haben, in Schönebeck die verschiedenen Durchbrüche herbeizuführen. Ehe man ein bestimmtes Urtheil darüber ausspricht, bedarf es selbstverständlich näherer Ermittelungen; es hat aber diese Angelegenheit die Aufmerksamkeit des Staatsministeriums auf sich gezogen und es werden Vorkehrungen getroffen, Abhilfe für die Zukunft zu schaffen.

Titel 7 bis 18 werden bewilligt. Im Ordinarium werden Kap. 14

18 der Einnahmen und Kap. 20 Tit. 1 bis 10 der Ausgaben im Extraordinarium Kap. 1 Tit. 4 (bergtechnische Lehranstalten) an die Budgetkommission verwiesen.

Bei Tit. 6 (Betriebslöhne der Unterbeamten 34,925,298 M.) theilt Abg. Kaile die von dem Regierungskommissar in der Gruppe abgegebene Erklärung mit, wonach die Regierung die Löhne nicht zu reduziren beabsichtigt, sondern dieselben durch Erhöhung der Leistungen relativ zu vermindern bestrebt sein wird.

Oberberghauptmann Krug v. Nidda bestätigt diese Erklärung vor dem Hause. Abg. Dr. Nasse bestreitet, daß aus dem vorliegenden Material konstatirt werden könne, daß die Leistungen der Arbeiter in den Jahren 1872 bis 1874 in Folge der höheren Arbeitslöhne herabgegangen seien. Abg. Dr. Hammacher will die Diskussion dieser Frage verschieben, bis der Betriebsbericht von der Budgetkommission geprüft ist.

Die Position wird bewilligt. Zu Titel 11, welcher für Abgaben, Grundentschädigungen und Landerwerb 2 321 559 Mark auswirft, beantragt Abg. Hammacher die Verträge der Bergwerksverwaltung vom 3. März 1875 mit dem Grafen Guido Henckel von Donnersmarck und vom 13. Dezember 1875 mit dem Rittergutsbesitzer von Tisza der Budgetkommission zur Kenntnißnahme vorzulegen. Abg. Schroeder (Lippstadt), der mit den lokalen Verhältnissen genau bekannt ist, konstatirt, daß das in beiden Verträgen angekaufte Terrain im Betriebe der Königs- und der Louisengrube durchaus nothwendig gewesen und daß die Kaufbedingungen so günstig wie möglich normirt seien.

Der Antrag Hammacher wird angenommen und der Titel an die Budget-Kommission verwiesen. Die übrigen Titel des Ordinariums werden ohne Diskussion genehmigt.

Zu Tit. 1 des Extraordinariums (zur Ausführung von Bohrversuchen 15,000 M.) bemerkt Abg. Schmidt (Stettin): Der Rückgang der Einnahme der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung wirft auch ihren Schatten auf die außerordentlichen Ausgaben — sie sind geringer als im vorigen Etat. Durch die Tiefbohrungen sind unter andern die Salzläger von Speremberg, Seegeberg, Inowrazlaw entdeckt und machte dieses Resultat einen sehr günstigen Eindruck im Lande, wenn es auch noch nicht praktische Folgen bis jetzt hatte. Für 1876 wird eine geringere Summe für die Bohrungen gefordert und wenn es auch wünschenswerth wäre, solche auf Kosten der Provinzen auszuführen, so sind doch die Mittel der letzteren zu solchen Zwecken nicht hinreichend und Staatsmittel nothwendig. In Pommern wird bei Cammin auf Kohlen gebohrt und ist die Vermuthung ausgesprochen, daß dieselbe Kohlenformation wie im südlichen Schonen auch in Pommern vorhanden sei. Mag dies auch bezweifelt werden können, so entsteht doch die Frage, ob auch in diesem Jahre die Bohrversuche mit gleicher Energie sich fortsetzen lassen. Ich frage deshalb an, ob im letzten Jahre nicht Summen erspart sind, um die Arbeiten fortzusetzen.

Oberberg-Hauptmann Krug v. Nidda erwidert, es seien allerdings 254,000 Mark erspart, also Mittel vorhanden mit ausreichender Kraft weiter fortzuarbeiten. Der Titel wird bewilligt.

Die beiden nächsten Titel werfen zu Bauprämien für Berg- und Hüttenleute, welche sich Wohnhäuser in bestimmten Bergwerksbezirken bauen, 150,000 M. und zur Gewährung unverzinslicher Darlehne an solche Personen 270,000 M. aus. Abg. Berger richtet an die Regierung die Anfrage, ob sie es nicht Angesichts der in Folge der Ueberschwemmungen in Schönebeck eingetretenen Noth der dortigen Salinenarbeiter vorziehe, sich diese Fonds in der im Vorjahre genehmigten Höhe bewilligen zu lassen. Abg. Stengel unterstützt diesen Gedanken auf's Lebhafteste. Man sei in Schönebeck der Ansicht, daß lediglich eine staatliche Melioration, nämlich die Eindämmung der sogenannten alten Elbe, die gegenwärtige Höhe des Wasserstandes verursacht habe. Der Handelsminister stellt eine Vorlage betreffend die Unterstützung der Ueberschwemmten überhaupt in Aussicht, worauf die Titel unverändert genehmigt werden.

Tit. 6 (Subvention zum Bau der St.-Gotthard-Eisenbahn 45,000 M.) veranlaßt den Abg. Berger zu einer Erörterung der Lage des genannten Eisenbahnunternehmens überhaupt. Voraussichtlich wird die Beendigung des Unternehmens ca. 102 Millionen Mark mehr als veranschlagt, nämlich statt 187 Millionen deren 289 Millionen kosten. Es dürfe das Reich und Preußen nicht hindern, das Unternehmen auf das energischste zu unterstützen, und zur Deckung des Mehrbedarfs die geeigneten Schritte zu thun. Abg. Lasker möchte die einseitige Ansicht des Vorredners nicht für die des Hauses gelten lassen und hat nur, um dies zu konstatiren, das Wort ergriffen. Tit. 6 wird bewilligt.

Es folgt der Etat der Eisenbahnverwaltung. Derselbe schließt in der Einnahme mit 163,108,808 M. bei 117,161,508 Mark dauernden und 3,639,170 M. einmaligen Ausgaben, also mit einem Ueberschuß von 46 532,659 M. ab.

Kap. 17 (Etat der Ostbahn) wünscht Abg. Donalies Auskunft über das Projekt einer Verbandstation Eydtkuhnen. Der Redner befürchtet ferner einen beträchtlichen Rückgang des Verkehrs russischer Güter auf der Bahn.

Der Handelsminister erklärt die Verhandlungen wegen der Verbandstation noch nicht für abgeschlossen. Die Befürchtung des Redners sei zwar nicht ganz unbegründet, aber übertrieben.

Abg. v. Eckardstein beschwert sich darüber, daß, nachdem man den früher von Berlin um 9¾ Uhr abgehenden Courierzug und den Personenzug um 2 Uhr Mittags habe eingehen lassen, kein Zug in der Zeit von 9 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends abgehe, worin eine große Erschwerung des Personenverkehrs liege.

Ministerialdirektor Weißhaupt entgegnet, dies sei wegen der herrschenden Geschäftsstille aus Ersparnißrücksichten geschehen. Man erspare dabei monatlich nicht weniger als 7000 Mark.

Abg. Hammacher konstatirt den Anführungen des Abg. Donalies gegenüber, daß die Einnahmen so vorsichtig als möglich angesetzt worden seien, was Handelsminister Dr. Achenbach bestätigt.

Kap. 17 wird bewilligt.

Bei Kap. 20 (Hannoversche Eisenbahn) wünscht Abg. Berger Auskunft über den Stand der Bahn von Harburg nach Stade, bez. Kuxhaven, deren Bau ursprünglich vom Staate in Aussicht genommen, dann aber einer Privatgesellschaft überlassen worden, die seitdem nichts gethan hat.

Der Handelsminister entgegnet, die bloße Linie von Harburg nach Stade würde an sich unrentabel sein und dies habe damals das Abgeordnetenhaus veranlaßt, diese Linie jener Privatgesellschaft zu übertragen, welche sie bis Kuxhaven führen und mit dortigen Hafenanlagen in Verbindung setzen wollte. Die traurige Lage der Gesellschaft sei bekannt. Sie habe um eine Verlängerung der Baufrist gebeten und stehe zur Ausführung des Projekts mit englischen Kapitalisten in Verbindung. Die Regierung sei geneigt, die Nachfrist zu bewilligen, wenn die Finanzirung des Unternehmens in Bälde nachgewiesen wird. Abgeordneter Windthorst (Meppen) wünscht, daß die Regierung genau prüfen möge, ob auch die nothwendigen Mittel zum Bau vorhanden wären, damit sie nicht in die Lage komme eine nochmalige Nachfrist zu bewilligen. Kap. 20 wird bewilligt.

Die übrigen Einnahmekapitel werden ohne Debatte genehmigt, worauf sich das Haus um 3¾ Uhr bis Donnerstag 11 Uhr vertagt. (Fortsetzung der Berathung des Eisenbahn-Etats und Kultusministeriums.)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 8. März.

— Die Feier des hundertjährigen Geburtstages der Königin Luise am 10. d. gedenkt der Kaiser, wie die „Provinz.-Corresp." meldet, im Kreise der königlichen Familie und der dazu in Berlin eingetroffenen fürstlichen Anverwandten in aller Stille zu begehen. Um 11½ Uhr Vormittags findet im Mausoleum zu Charlottenburg Festgottesdienst mit einer Predigt des Hofpredigers Dr. Kögel statt. Es nehmen daran die Majestäten und die ganze königliche Familie, die Großherzogin-Mutter Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin mit seinen beiden Söhnen, sowie Herzog Wilhelm und Gemahlin, der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz mit dem Erbgroßherzog, der Prinz August von Württemberg, der Prinz Friedrich von Hohenzollern und der Erbprinz von Sachsen-Meiningen Theil, — ferner der Oberst-Kämmerer Graf von Redern, der Feldmarschall Graf von Wrangel, der Hausminister Frhr. von Schleinitz, der Minister von Uhden, sowie das fürstliche Gefolge. Am Nachmittag versammelt sich die königliche Familie mit den fürstlichen Gästen zum Familiendiner bei den Majestäten.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 9. März.

r. Zu Ehren des Generalmajors Haberland, Kommandeurs der hiesigen 19. Infanterie-Brigade, welcher gegenwärtig in Ruhestand tritt, fand vorgestern in Mylius Hotel ein Abschieds-Diner statt, an welchem der kommandirende General v. Kirchbach, der Gouverneur Freiherr v. Wrangel, der Divisions General v. Sandrat, der Generalmajor Freiherr v. Massenbach, viele Stabsoffiziere und die Offiziere der 19. Infanterie-Brigade Theil nahmen. Generalmajor Haberland hat unserer Stadt etwa 2 Jahre lang angehört.

r. Der Wasserstand der Warthe ist seit gestern aufs Neue um 6 Zoll gefallen und betrug heute Morgens 7 Uhr 13 Fuß 11 Zoll. — Die Wallischeibrücke scheint an Tragfähigkeit nicht bedeutend verloren zu haben, wiewohl die Pfeiler an der dem Strome zugekehrten Seite äußerlich nicht unerheblich verletzt sind. Am Sonnabend fuhr über die Brücke ein zweispänniger Militärwagen, welcher so schwer mit Kommisbrod beladen war, daß noch eine große Anzahl von Soldaten mit schieben helfen mußte. Für den allgemeinen Wagenverkehr ist dagegen die Brücke noch andauernd gesperrt, wodurch für die Verkehrsverhältnisse in unserer Stadt nicht unerhebliche Nachtheile erwachsen. Von der Schützenstraße und Kolumbiastraße ist das Wasser bereits verschwunden und in der Cegielski'schen Fabrik ist die Arbeit schon wieder aufgenommen. Auf der Wallischei und auf der Gr. Gerberstraße &c. sind bereits Pumpen behufs Trockenlegung der Keller in Thätigkeit gesetzt, bis jetzt jedoch größtentheils ohne Erfolg, da das Wasser von unten her stets wieder eindringt.

— **In Glożewo** (Kr. Meseritz) war der Wirth Johann Kowal in den Schulvorstand gewählt worden, doch versagte ihm der Landrath des Kreises, wie dem „Orędownik" aus Kähme berichtet wird, die Bestätigung, weil Kowal wegen Beleidigung des Propstes Kick bestraft worden war, welcher Lokal-Schulinspektor von Glożewo ist.

r. **Die erste Anschlagssäule** ist an der Ecke der Garten- und Wienerstraße (Ecke des ehemaligen Hotel de Vienne) errichtet worden. Sie besteht aus Ziegeln und wird mit Zement abgeputzt werden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Tilsit, 8. März. Der Eisgang der Memel ist heute nach 3 Uhr Nachmittags hier erfolgt. Das Eis drohte, sich bei der neuen Eisenbahnbrücke zu stopfen, gab aber nach, als unterhalb Raum geschaffen war.

Danzig, 8. März. Bei der heute stattgehabten Wahl eines Abgeordneten zum Landtage an Stelle des verstorbenen Abg. Hoene wurde der hiesige Stadtrath, Kaufmann Daniel Hirsch (national-liberal) mit 356 Stimmen gewählt. Von den Gegenkandidaten erhielt Oberamtmann Bieler (konserv.) 49 und Pfarrer Mühler (Zentrum) 36 Stimmen.

Dresden, 8. März. Die erste Kammer beschloß in ihrer heutigen Sitzung ohne Debatte mit allen gegen eine Stimme, dem von der zweiten Kammer angenommenen Antrage gegen Erwerbung der deutschen Eisenbahnen durch das Reich beizutreten.

Versailles, 8. März. Der Senat und die Deputirtenkammer haben heute durch das Loos die Bureaux gebildet und werden morgen die Wahlprüfungen beginnen. — Der Senat bestätigte Gaulthier als provisorischen Präsidenten. Die Deputirtenkammer wählte beinahe einstimmig Grévy zum provisorischen Präsidenten und Rameau zum provisorischen Vizepräsidenten.

Rom, 8. März. Wie die „Agenzia Stefani" meldet, wird Herr v. Keudell morgen vom Könige in feierlicher Audienz empfangen werden, um seine Kreditive als deutscher Botschafter zu überreichen. — Die Deputirtenkammer hat gestern ihren bisherigen Präsidenten Biancheri mit 172 Stimmen wiedergewählt. Der von der Opposition aufgestellte Kandidat Depretis erhielt 108 Stimmen.

London, 8 März. Oberhaus. Viscount Cardwell legte eine Petition vor, worin die Zurückziehung des auf flüchtige Sklaven bezüglichen Zirkulars beantragt wird. Der Lord-Kanzler Cairns begründete die Nothwendigkeit des Zirkulars und erklärte es für unmöglich, dasselbe zurückzuziehen. Indeß stehe die Regierung im Begriff, einen wichtigen Schritt zu thun, der als eine Vorbereitungsmaßregel für die Zeit gelten könne, wo es England gelungen sein werde, die Beseitigung der Sklaverei vollends zu Ende zu führen. Die Petition wurde nach einer längeren Diskussion abgelehnt.

Newyork, 7. März. Der Posten eines Kriegsministers ist, nachdem Senator Morrill aus Maine die Annahme desselben abgelehnt hatte, Saft aus Ohio übertragen worden. — Gestern wurde das Asyl für alte Leute in Brooklyn von einer Feuersbrunst verzehrt. Es werden gegen 30 Bewohner desselben vermißt, 20 wurden als Leichen aus dem Trümmerhaufen gezogen. — Bei Harpersferry brach eine Eisenbahnbrücke, während ein Zug über dieselbe hinwegfuhr, zusammen; es haben dabei 11 Personen das Leben eingebüßt, 6 andere wurden verwundet.

Washington, 8. März. Die Untersuchungskommission der Repräsentantenkammer in der Angelegenheit des früheren Kriegssekretärs Belknap hat es abgelehnt, der Requisition des Polizeigerichts zu entsprechen, weil dadurch ein Präjudiz für die von der Kommission geführte Untersuchung entstehen könnte.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 8. März, Nachmitt. 2 Uhr 30 Min. Ruhig. Internationale Spekulationswerthe, österreichische Bahnen und Renten niedriger, Banken und deutsche Bahnen fest.

[Schlußkurse] Londoner Wechsel 204, 85. Pariser Wechsel 81, 35. Wiener Wechsel 176, 00. Böhm. Westbahn 161. Elisabethbahn 142. Galizier 172¼. Franzosen*) 250. Lombarden*) 95. Nordwestbahn 120¾. Silberrente 62¾. Papierrente 59⅝. Russ. Bodenkr. 85⅞. Russen 1872 100. Amerikaner de 1885 100⅝. 1860er Loose 114⅝. 1864er Loose 292, 50. Kreditaktien*) 154½. Oesterr. Nationalbank 782, 00. Darmstädter Bank 112. Berliner Bankverein 79⅜. Frankfurter Wechslerbank 79⅜. Oesterreich.-deutsche B. 90¾. Meininger Bank 76⅞. Hess. Ludwigsbahn 102. Oberhessen 72¼. Ungarische Staatsl. 164, 00. Ungar. Schatzanw. alt 93¾. do. do. neue 92⅝. do. Ostb.-Obl. II. 65⅝. Zentr.-Pacific 92½. Reichsbank 159½. — Nach Schluß der Börse: Kreditaktien —, Franzosen —, Lombarden —.

*) per medio resp. per ultimo.

Wien, 8. März. Spekulationswerthe auf die Baisse in Anglo-Aktien angeboten, Renten und Bahnen matt, Valuta steif.

[Schlußcourse.] Papierrente 67, 85. Silberrente 71, 30. 1854er Loose 106, 50. Nationalbank 888, 00. Nordbahn 1835. Kreditaktien 174, 80. Franzosen 283, 00. Galizier 194, 50. Nordwestbahn 138, 50. do. Lit. B. 50, 00. London 115, 30. Paris 45, 75. Frankfurt 56, 20. Böhm. Westbahn —, —. Kreditloose 165, 25. 1860er Loose 112, 00. Lomb. Eisenbahn 109, 00. 1864er Loose 133 50. Unionbank 72, 50. Anglo-Austr. 83 30. Austro-türkische —, —. Napoleons 9, 24. Dukaten 5, 42. Silberkoup. 102, 90. Elisabethbahn 161. 00. Ungarische Prämienanleihe 74 00. Deutsche Reichs-Banknoten 56, 67½. Türkische Loose 24, 25. — Abends. Abendbörse. Kreditaktien 174, 90, Franzosen 283 25, Galizier 194, 50, Anglo-Austr. 83 50, Unionbank 72 75. Lombarden 108, 90, Egypter —, —, ungarische Kredit —, Napoleons 9, 24.

London, 8. März, Nachmit. 4 Uhr. Konsols 94 5/16. Italien. 5proz. Rente 70¾. Lombarden 9 9/16. 3proz. Lombarden-Prioritäten alte —. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue —. 5proz. Russen de 1871 —. 6 proz. Russ. de 1872 99½. Silber 53. Türk. Anleihe de 1865 19 1/16. 5proz. Türken de 1869 22. 6proz. Vereinigt. St. pr. 1885 105. do. 5proz. fundirte 105⅞. Oesterreich. Silberrente 62½. Oesterreich. Papierrente 59¾. 6 prozentige ungarische Schatzbonds 92⅝. 6prozentige ungarische Schatzbonds II. Emission 90½. Spanier 18⅝. 5proz. Peruaner 29. — Wechselnotirungen: Berlin 20, 66. Hamburg 3 Monat 20, 66. Frankfurt a. M. 20, 66. Wien 11, 75. Paris 25, 42. Petersburg 30⅝. —

Platzdiskont 3⅝ Prozent. — In die Bank flossen heute 10,000 Pfd. Sterl.

Paris, 8. März, Nachm. 3 Uhr. Sehr matt. [Schlußkurse.] 3prozentige Rente 66, 75. Anleihe de 1872 103, 95. Italienische 5prozent. Rente 71. 17½. Italienische Tabaksaktien —, —. Italienische Tabaksobligationen —, —. Franzosen 620 00. Lombard. Eisenbahn-Aktien 241, 25. Lombard. Prioritäten 245 00. Türken de 1865 19, 10. Türken de 1869 122, 00. Türkenloose 54, 75. Kredit mobilier 200. Spanier exter 18½, do. inter 16½, Peruaner —, Societe generale 537, Egypter 315, Suezkanal-Aktien 753, Banque ottomane 435. — Wechsel auf London 25, 20½.

Paris, 8. März, früh. Auf dem Boulevard wurden gestern Abend neueste Anleihe zu 104, 27½, Türken zu 19, 25 und Egypter zu 315, 50 gehandelt. Rente und Egypter matt.

New-York, 7. März. Abends 6 Uhr. [Schlußkurse.] Höchste Notirung des Goldagios 14⅝, niedrigste 14¼. Wechsel auf London in Gold 4 D. 86 C. Goldagio 14⅜. 5/20 Bonds de 1885 118⅛. do. neue 5proz. fundirte 118⅝. 5/20 Bonds de 1887 121. Erie-Bahn 18⅛. Zentral-Pacific 108¾. New-York Zentralbahn 115½. Baumwolle in New-York 12¾. Baumwolle in New-Orleans 12½. Mehl 5 D. 05 C. Raffin. Petroleum in New-York 14⅛. do. Philadelphia 14. Rothe Frühjahrsweizen 1 D. 35 C. Mais (old mixed) 68 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7½. Kaffee (Rio-) 16¾. Speck (short clear) 12¾. Schmalz (Marke Wilcox) 13¾ C. Getreidefracht 7¼.

Produkten-Course.

Danzig, 8. März. Getreide-Börse. Wetter: feucht und veränderlich. Wind: S.

Weizen loco blieb auch heute wieder fast ohne Angebot und wurden die wenigen angekommenen Partien, ca. 50 Tonnen zu unveränderten Preisen verkauft. Es ist bezahlt für Sommer- 126—7 Pfd. 186 M., 130 Pfd. 190 M., glasig 125 Pfd. 199 M., hellbunt 127/8 130 Pfd. 201, 202 M., hochbunt glasig 132 Pfd. 206 M. per Tonne. Termine unverändert, April-Mai 200 M. bez. u. Gd., Mai-Juni 204 M. Br., Juni-Juli 204 M. bez., Regulirungspreis 198 M.

Roggen loco unverändert, 128 Pfd. ist mit 153 M. pr. Tonne verkauft. Umsatz 15 Tonnen. Termine unverändert, April-Mai 145 M. Br., inländischer Mai-Juni 150 M. Br. Regulirungspreis 145 M. Kleesaat loco rothe stark besetzt 72 M., ebenfalls besetzt 102 M. per 100 Kilo bezahlt. — Spiritus heute nicht zugeführt.

Köln, 8. März, Nachm. 1 Uhr. Weizen höher, hiesiger loco 20, 50, fremder loco 21, 00, pr. März 19, 80, pr. Mai 20, 35, pr. Juli 21, 10. Roggen, hiesiger loko 15, 25, pr. März 14, 35, pr. Mai 14, 65, pr. Juli 14, 90. Hafer loco 17, 25, pr. März 17, 25, pr. Mai 17, 05. Rüböl loko 34, 00, pr. Mai 32, 20, pr. Oktober 32, 20. — Wetter: —.

Bremen, 8. März. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco und pr. März 11, 65, pr. April-Mai 11, 75 bz., per Sept.-Okt. 12, 30. Fest.

Hamburg, 8. März, Nachm. Weizen loko still, auf Termine ruhig. Roggen loko still, auf Termine ruhig. — Weizen pr. März 199 Br., 198 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 203 Br., 202 Gd. Roggen pr. März 144 Br., 143 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 146½ Br., 145½ Gd. Hafer ruhig. Gerste matt. Rüböl matt, loco 63½, pr. Mai 60, pr. Oktober pr. 200 Pfd. 62. Spiritus still, pr. März 34¾, pr. April-Mai 35, pr. Juni-Juli 35¼, pr. Juli-August pr. 100 Liter 100 pCt. 36¾. Kaffee besser, Umsatz 6000 Sack. Petroleum besser, Standard white loko 11, 75 Br., 11, 60 Gd., pr. März 11, 60 Gd., pr. August-Dezbr. 12, 00 Gd. — Wetter: Wolkig.

Paris, 8. März, Nachmittags. (Produktenmarkt.) (Schlußbericht.) Weizen unverändert, pr. März 26, 75, pr. April 27, 25, Mai-Juni 28, 00, per Mai-August 28, 50. Mehl unv., pr. März 58, 00, pr. April 58, 75, pr. Mai-Juni 59 75, pr. Mai-August 61, 00. Rüböl weich., pr. März 82, 75, pr. April 81, 75, pr. Mai-August 80. 75, pr. September-Dezember 80, 00. Spiritus fest, pr. März 45, 50, pr. Mai-August 47, 75.

Antwerpen, 8. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen unverändert. Hafer vernachlässigt. Gerste gefragt.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß loko 29½ bz., 29¾ Br., pr. März 29½ bz., 29¾ Br., pr. April 29½ bz., 29¾ Br., pr. September 30½ Br., pr. September-Dezember 31 Br. Fest.

Amsterdam, 8. März, Nachmitt. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Weizen loko geschäftslos, auf Termine höher, pr. März 277, pr. Mai —. Roggen loko unverändert, auf Termine flau, pr. März 172, per Mai 178, pr. Juli —. Raps pr. Frühjahr —, per Herbst 385 Fl. Rüböl loko 37½, per Mai 37¾, pr. Herbst 37. Wetter: Regen.

London, 8. März, Nachmitt. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 7440, Gerste 320, Hafer 8090 Qtrs. — Weizen unverändert, angekommene Ladungen vernachlässigt. Andere Getreidearten bei schleppendem Geschäft unverändert. — Wetter: Veränderlich.

Glasgow, 8. März. Roheisen. Mixed numbers warrants 59 Sh. — d.

Liverpool, 7. März. Getreidemarkt. Weizen stetig. Mehl ruhig. Mais 3 D. niedriger. — Wetter: Schön.

Liverpool, 8. März. Nachmittags. Baumwolle. (Schlußbericht): Umsatz 12,000 B., davon für Spekulation und Export 2000 B. Ruhiger. Middling Orleans 6 9/16, middling amerik. 6¼, fair Dhollerah 4⅛, middl. fair Dhollerah 3⅞, good middling Dhollerah 3⅝, middl. Dhollerah 3⅜, fair Bengal 4, good fair Broach 4⅝, new fair Oomra 4 3/16, good fair Oomra 4 9/16, fair Madras 4 3/16, fair Pernam 6⅞, fair Smyrna 5⅝, fair Egypt. 6⅛.

Produkten-Börse.

Berlin, 8 März. Wind: NW. Barometer 27,9. Thermometer + 5° R. Witterung: heiter.

Weizen loko per 1000 Kilogr. 175—213 Rm. nach Qual. gef., gelber per diesen Monat —, April-Mai 195 194,50 bz., Mai-Juni 193,50 B, Juni-Juli 203—202,50 bz., Juli-August 206 205,50 bz., Sept.-Okt. 209 bz. — Roggen loko per 1000 Kilgr. 148—158 Rm. nach Qual. gef., russ. 149—150,50, polnisch 150,50—151 50, inländ. 153—158 ab Bahn bz., per diesen Monat —, Frühjahr 150—149,50 bz., Mai-Juni 149—148,50 bz., Juni-Juli 149,50—149 bz., Juli-August 149,50—149 bz., Sept.-Okt. 150,50 bz. — Gerste loko per 1000 Kilogr. 132 177 Rm. nach Qual. gef. — Hafer loko per 1000 Kilogr. 135—182 Rm. nach Qual. gef., ost- u. westpr. 150 173, pomm. u. meckl. 170—176, russ. 150—173, böhm 170—176 ab Bahn bz., per diesen Monat —, Frühjahr 161 50 bz., Mai-Juni 162 bz, Juni-Juli 163 B. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 172—210 Rm. nach Qual., Futterwaare 165—170 Rm. nach Qual. — Raps per 1000 Kilgr. —. — Rübsen —. — Leinöl per 100 Kilgr. loko ohne Faß 58 Rm. — Rüböl per 100 Kilgr. loko ohne Faß — Rm. bz., mit Faß —, per diesen Monat 60,8 bz., März-April —, April-Mai 61 bz., Mai-Juni 61,3 bz., Sept.-Okt 62,5—62,6 - 62,5 bz. — Petroleum raffin. (Standard white) per 100 Kilo mit Faß loko 28 Rm. bz., per diesen Monat 26,2 bz., März-April —, Sept.-Okt 25 G. — Spiritus per 100 Liter à 100 pCt. ohne Faß 43,4 43,3 Rm. bz., per diesen Monat —, loko mit Faß —, per diesen Monat 44 5 nom, März April do, April-Mai 45 4—45—45,1 bz., Mai-Juni 45,9 45 5—45,6 bz., Juni-Juli 47,1—46,8—46,9 bz, Juli-August 48,5—48,1—48 2 bz., Aug.-Sept. 49,5—49 1—49,2 bz. — Mehl. Weizenmehl Nr. 0 27 26, Nr. 0 u. 1 25,50 24 Rm Roggenmehl Nr. 0 23,50—22 Rm., Nr. 0 u. 1 21—19,50 Rm. per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack per diesen Monat —, März-April —, April-Mai 20,85—20,80 Rm. bz., Mai-Juni 20,95 20,90 bz., Juni-Juli 21,05—21 bz., Juli-August 21,10 bz. (B. u. H.-Z.)

Breslau, 8. März [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] — Kleesaat, rothe, ruhig; ordinär 48—51, mittel 54—57, fein 59—62, hochfein 64—66 — Kleesaat, weiße unverändert; ordin. 55—61, mittel 65 71, fein 75—80, hochfein 82—87. — Roggen (per 2000 Pfd.) ruhiger, abgel. Kündigungssch. —, per März u. März April 143,50 B, April-Mai 144,50—144 bz, B. u. G., Mai-Juni 147 bz., Juni-Juli 150 B., Juli-August 151 B, Sept.-Okt. 153 B. u. G. — Weizen 183 B., per April-Mai 185 G. — Gerste —. — Hafer 164 G, per April-Mai 164 bz — Raps 300 B. Rüböl niedriger, loko 64 B., per März 61 bz, März-April 61 50 B., April-Mai 60 50—59 60—59,50 bz. u. B., Mai Juni 6 B, Sept. Okt do. — Spiritus unverändert loko 43 50 B., 42 50 G. per März u. März April 44.50 B., April-Mai 44,60—50 bz., Mai Juni 45 50 B, Juni-Juli 46,50 B., Juli-August 47,50 B, August Sept. 48 50 B. — Zink fest

Die Börsen-Kommission (Br H.-B.)

Stettin, 7 März. [Amtlicher Bericht.] Wetter: Veränderlich. Therm. + 6° R. Barom 27,8. Wind: N.-W. stürmisch.

Weizen flau, per 2000 Pfd loko gelber 156—191 M., weißer 180 bis 196 Mk., per Frühj. 195 50—195 M. bez., Mai-Juni 199 M. B. u. Gd., Juni-Juli 202 M. Gd., Juli-August 205,50 M. Br. u. G., Septbr.-Okt. 208 M. Br. — Roggen matt, per 2000 Pfd. loko inländischer 150—155 M., Russischer 140—144 M., Frühjahr 144 M. bez. u. Br., Mai-Juni 144 M. Gd., Juni Juli 144 50 M. Gd., 145 M. B., Juli-August 146—145,50 M. Gd., Septbr.-Okt. 147—146,50 Mk. bez. — Gerste stille, per 2000 Pfd. loko nach Qual. 155—168 M., Futter- 140—150 M. — Hafer stille, per 2000 Pfd. loco 153—170 M. bez., Frühjahr 162 M. nom. — Erbsen stille, per 2000 Pfd. loco Koch- 170—180 M. bez., Futter- 150—168 M. — Mais matt, per 2000 Pfd. loko 125—122 50 Mk. bez. — Winterrübsen flau, per 2000 Pfd., pr. April-Mai 297 M. bez., Septbr. Oktbr. 285 M. bez. u. Br — Rüböl matter, per 200 Pfd. loko ohne Faß 64 Mk. Br., per März 62,50 M. Br., April-Mai 63—2 25 M. bez., Mai-Juni 63 M. Br., Sept.-Okt. 63 M. B. — Spiritus etwas matter, per 10,000 Lit. pCt loko ohne Faß Mangels Zufuhr ohne Handel, 43,50 Mk. nom., Frühjahr 45,20 bis 45 M. bez. u. Gd., Mai-Juni 46—46 Mk. Br. u. Gd., Juni-Juli 47,10 Mk. bez., Br. u. Gd., Juli-August 48 M. Br. u. Gd., August-Septbr. 49 M. Br. u. Gd — Angemeldet: Nichts. — Regulirungspreis für Kündigungen: Rüböl 62,50 M. Br. — Petroleum loko 13 M. bez., 12 90 M. Br., Regulirungspreis 12,90 M., pr. März 12,90 Mk. Br., Sept.-Okt. 11,75 M. Br. (Ostf.-Ztg.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 260' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
8. März	Nachm. 2	27" 5''' 50	+ 3°6	W 2-3	trübe, St., Cu-St.[1])
8. „	Abnds. 10	27" 5''' 79	+ 1°2	W 3	heiter.
9 „	Morgs. 6	27" 6''' 93	+ 0°1	SO 2	heiter, St. Reif.

[1]) Regen- u. Schneemenge: 10,1 Pariser Kubikzoll auf den Quadratfuß.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 8. März Mittags 14 Fuß 4 Zoll.

Berlin, 8. März. Die fremden Meldungen hatten wenig Anregung gebracht, und der heutige Verkehr eröffnete lustlos und zum Theil niedriger, als gestern. Doch trat rasch eine kleine Besserung ein, wenngleich eine Zunahme des Verkehrs nicht zu bemerken war. Nur Diskonto-Commandit-Antheile waren mit Rücksicht auf die vorjährigen Geschäftsergebnisse und in Erwartung weiterer günstiger Entwickelung beliebt und steigend. Die übrigen Spielpapiere, selbst die internationalen, zeigten wenig Bewegung. Laurahütte wurde durch verstärkte Anstrengungen der Baisse-Partei geworfen. Der inländische Eisenbahn-Aktien-Markt lag wenig fest. Allerdings waren nicht gerade bedeutende Coursherabsetzungen zu verzeichnen. Doch fehlte belebtere Kauflust in hohem Grade. Rumänen erholten sich einigermaßen und auch Coupons wurden besser bezahlt. Oesterreichische Bahnen lagen still. Unter den Banken fanden Gewerbebank, Centralbank für Bauten, Preußische Boden Credit-Aktienbank und andere Boden-Credit-Institute gute Beachtung. Breslauer Diskontobank und Berliner Handelsgesellschaft steigend. Bergwerke lagen recht fest und notirten vielfach höher; Centrum, Köln-Müsen, König Wilhelm und Braunschweiger Kohlen beliebt. Industriewerthe fanden vielfach bessere Beachtung, namentlich Brauereien, Maschinenfabriken und Baugesellschaften; Egells, Freund Wöhlert, Bauverein Unter den Linden, Königstadt und Charlottenburger fest. Anlagewerthe sehr still; Hannover-Altenbekener, Köln-Mindener und Bergische, Lombardische und Ostbahn Obligationen waren beliebt. Pfand- und Renten-Briefe fest. Fonds lagen still, Italiener fest, Türken auf London flau. In Loosen fanden bei fester Haltung gute Umsätze statt. — Anhalter waren auch heute wenig beliebt, da man die Uebernahme des Betriebes der Berlin-Dresdener Bahn in den Kreisen der Aktionäre ungünstig beurtheilt. Auch Berlin Dresdener vernachlässigt. Per Ultimo notiren wir: Franzosen 499—501. Lombarden 190,50 — 2 — 1. Kreditaktien 310 — 309 Laurahütte 59,75 — 60,25 Diskonto-Kommandit-Antheile 127,75—9,75—9,25. Reichsbank 159,50. Victoriahütte gewann 2, Westfälische Union ½, Adler verlor 3, Südende gewann bei sehr regem Begehr 0,65. Königstadt 4 Prozent. Schuster 3 — Ostbahn-Obligationen belebt. Renten waren wenig verändert, Italiener dagegen angeboten. Loose waren fest. Pfandbriefe sehr begehrt. Hannover-Altenbekener und Köln-Mindener Prioritäten beliebt. — Der Schluß war schwächer.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 8 März 1876.

Preußische Fonds und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	105,10 bz
Staats-Anleihe	4	99,30 bz
Staats-Schldsch.	3½	92,25 bz B
Kur- u. Nm. Sch	3½	92,20 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	101,20 B
Berl. Stadt-Obl.	4½	101,50 bz
do. do.	3½	93,00 G
Cöln. Stadt-Anl.	4½	100,70 B
Rheinprovinz do.	4½	101,75 bz B
Schldv. d. B.-Kfm.	5	100,50 bz
Pfandbriefe:		
Berliner	4½	101,80 bz
do.	5	106,25 G
Landsch. Central	4	95,30 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	86,00 G
do. neue	3½	84,50 bz
do.	4	95,10 bz
do. neue	4½	103,50 B
N. Brandbg.-Cred.	4	95,10 bz
Ostpreußische	3½	87,00 G
do.	4	96,00 G
do.	4½	102,40 B
Pommersche	3½	84,40 bz
do.	4	95,40 bz
do.	4½	102,90 bz
Posensche, neue	4	94,90 G
Sächsische	4	95,00 B
Schlesische	3½	85,50 bz G
do. alte A. u. C.	4	
do. A. u. C.	4	
Westpr. rittersch.	3½	84,50 bz G
do.	4	95,10 bz
do.	4½	101,60 bz G
do. II. Serie	5	106,30 bz
do. neue	4	96,00 G
do.	4½	101,70 bz
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	97,80 bz
Pommersche	4	97,20 bz
Posensche	4	96,90 bz
Preußische	4	97,10 bz
Rhein- u. Westfäl.	4	98,90 bz
Sächsische	4	99,20 bz
Schlesische	4	97,70 bz
Souvereigens		20,42 G
Napoleonsd'or		16,28 G
do. 500 Gr.		
Dollars		4,17 G
Imperials		
do. 500 Gr.		1395 00 bz
Fremde Banknot.		99,83 G
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		81,60 bz B
Oesterr. Banknot.		176,80 bz
do. Silbergulden		
do. ¼ Stücke		
Russ. Noten		264,20 bz

Deutsche Fonds.

P.-A. v. 55 a 100th.	3½	139,75 G
Hess. Prsch a 40th.	—	257,25 G
Bad. Pr.-A. v. 67	4	123,30 G
do. 35fl.-Obligat.	—	139,50 G
Bair. Präm.-Anl.	4	123,10 bz G
Brschw. 20thl.-L.	—	83,50 G
Brem. Anl. v. 1874	4½	100,90 B
Cöln-Md.-Pr.-A.	3½	109,25 bz G
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	117,00 G
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	109,75 bz
do. II. Abth.	5	106,75 bz
Hb. Pr.-A. v. 1866	3	173,40 bz G
Lübecker Pr.-Anl.	3½	172,75 bz
Meckl. Eisenbsch.	3½	89,75 B
Meininger Loose	—	19,80 G
do. Pr.-Pfdbr.	4	102,90 bz
Oldenburg. Loose	3	138,50 B
D. G.-C.-B.-Pf. 110	5	103,30 B
do. do.	4½	96,30 bz
Dtsch. Hypoth. unk.	5	101,00 bz G
do. do.	4½	95,75 bz G
Mein. Hyp.-Pfd.	5	100,25 bz G
Nrdd. Grdcr.-H. A	5	101,00 bz G
do. Hyp.-Pfdbr.	5	101,50 bz G
Pomm. H.-B. I. 120	5	105,75 G
do. II. IV. rz. 110	5	101,75 G
Pomm III. rz. 100	5	100,50 bz
Pr. B.-C.-H.-Br. kd.	5	99,57 bz
do. unk. rückz. 110	5	103,40 bz G
do. do. 100	5	101,00 bz G
Pr. C.-B.-Pfdb. kd.	4½	100,25 bz
do. unk. rückz. 110	5	106,50 bz B
do. (1872 u. 74)	4½	98,50 bz
do. (1872 u. 73)	5	101,50 bz
do. (1874)	5	101,50 bz
Pr. Hyp-A-B 120	4½	99,00 bz G
do. do.	5	100,00 bz G
Schles. Bod.-Cred.	5	100,00 G
do. do.	4½	94,00 G
Stett. Nat.-Hyp.	5	101,00 bz G
do. do.	4½	98,00 bz G
Kruppsche Oblig.	5	101,20 bz

Ausländische Fonds.

Amerik. rckz. 1881	6	104,40 bz B
do do. 1885	6	100,80 bz B
do. Bds. (fund.)	5	101,80 bz B
Norweg. Anl.	4½	97,30 bz
New-Yrk. Std.-A	7	102,50 bz G
do. Goldanl	6	101,40 bz G
New Jersey	7	93 00 B
Oest. Pap.-Rente	4½	59,70 bz G
do. Silb.-Rente	4½	62,50 bz
do. 250 fl. 1854	4	107,25 G
do. Cr. 100 fl. 1858	—	343,00 B
do. Lott.-A. v. 1860	5	114,75 bz
do. do. v. 1864	—	293,50 G
Ung. St.-Eisb.-A.	5	72,70 B
do. Loose	—	164,50 bz
do. Schatzsch. I.	6	93,35 bz G
do. do. kleine	6	93,40 bz
do. do. II.	6	92,00 G
Italienische Rente	5	71,40 bz
do. Tabak-Obl	6	100,80 bz G
do. do. Actien	6	
Rumänier	8	103,50 bz G
Russ. Nicol.-Obl	4	85,00 bz
do. Centr.-Bod.	5	90,50 bz
do. Engl A. 1822	5	101,50 bz
do. do. A v. 1862	5	99,90 bz G
Russ.-Engl. Anl.	3	71,00 G
Russ fund. A. 1870	5	104,00 G
Russ cons. A 1871	5	100,00 bz B
do. do. 1872	5	100,20 bz
do. do. 1873	5	99,75 bz
do. Bod.-Credit	5	85,90 bz B
do. Pr.-A. v. 1864	5	178,00 bz
do. do. v. 1866	5	178,00 bz
do. 5. A. Stiegl.	5	82 10 bz
do. 6 do. do.	5	97,60 bz
do. Pol.-Sch.-O.	4	87,25 G
do. do. kleine	4	85,90 bz
Poln. Pfdb. III. E.	4	
do. do.	5	77,40 G
do. Liquidat.	4	68,50 B
Türk. Anl. v. 1865	5	18,70 B
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez	3	41,75 bz B

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	
do. 109 fl. 1 M.	
London 1 Lstr. 8 T.	
do. do. 3 M.	
Paris 100 Fr. 8 T.	
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	176,40 bz
Wien öst. Währ. 2 M.	175,19 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	263,30 bz
do. 100 Rub. 3 M.	263,30 bz
Warschau 100 R. 8 T.	263,75 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 pCt.; Bankdisconto in Amsterdam 3, Bremen —, Brüssel 3½, Frankfurt a. M. —, Hamburg —, Leipzig —, London 4, Paris —, Petersburg 5½, Wien 4½ pCt.

Bank- und Credit-Aktien.

Badische Bank	4	104,25 G
Bk. f. Rheinl u. Westf.	4	64,75 G
Bk. f. Sprit- u. Pr H.	4	62,50 bz G
Berliner Bankverein	4	80,00 bz
do. Comm.-B. Sec	4	64,50 G
do. Handels Ges.	4	91, bz G
do. Kassen-Verein	4	188,00 B
Breslauer-Disc.-Bk.	4	66,40 bz G
Centralbk. f. Bauten	4	26,00 bz
Centralbk. f. Ind. u. H	4	73,90 bz G
Cent.-Genossensch. B.	fr.	90,00 bz B
Chemnitzer Bank-V.	4	78,25 B
Coburger Credit-V.	4	65,10 G
Cöln. Wechslerbank	4	75,00 B
Danziger Bank	fr.	59,70 bz B
Danziger Privatbank	4	116,00 G
Darmstädter Bank	4	112,00 bz
do. Zettelbank	4	95,10 G
Dessauer Creditbank	4	10,60 G
do. Landesbank	4	114,10 bz
Deutsche Bank	4	78,90 B
do. Genossensch.	4	
do. Hyp.-Bank	4	94,00 bz
do. Reichsbank	fr.	159,50 bz
do. Unionbank	4	79,00 bz G
Disconto-Comm.	4	129,00 bz G
do. Prov.-Discont	4	77,75 bz G
Geraer Bank	4	83,25 bz
do. Creditbank	4	51,75 G
Gew.-B. H. Schuster	4	18,00 bz G
Gothaer Privatbank	4	90,10 G [bz
do. Grundcreditbk	4	107,50 101,25
Hypothek. (Hübner)	4	126,50 B
Königsb. Vereinsbank	4	83,25 G
Leipziger Creditbank	4	122,00 bz G
do. Discontobank	4	73,25 G
do. Vereinsbank	4	86,50 bz G
do. Wechselbank	4	70,50 bz G
Magdeb. Privatbank	4	104,00 G
Mecklenb. Bodencredit	4	74,40 bz B
do. Hypoth.-Bank	4	69,50 B
Meininger Creditbank	4	76,50 bz G
do. Hypothekenbk	4	99,40 bz G
Niederlausitzer Bank	4	
Norddeutsche Bank	4	130,00 G
Nordd. Grundcredit	4	101,90 bz G
Oesterr. Credit	4	
do. Deutsche Bank	4	90,50 G
Ostdeutsche Bank	fr.	81,75 G
Posener Spritactien.	4	
Petersb. Discontobank	4	103,50 G
do. Intern. Bank	4	98,00 G
Posen. Landwirthsch.	4	
Posener Prov.-Bank	4	99,00 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Boden-Credit	4	101,25 bz G
do. Centralboden.	4	118,80 bz
do. Hyp. Spielh.	4	122,50 bz
Product.-Handelsbank	4	86,00 bz G
Provinz.-Gewerbebk.	4	35,00 bz G
Rittersch. Privatbank	4	123,00 G
Sächsische Bank	4	120,50 G
do. Bankverein	fr	92,25 G
do. Creditbank	4	81,50 G
Schaaffhaus Bankv.	4	72,50 bz
Schles. Bankverein	4	82,50 G
Schles. Vereinsbank	4	87,50 G
Südd. Bodencredit	4	111,75 bzG
Thüringische Bank	4	73,75 bz
Vereinsbank Quistorp	fr.	9,00 bz G

Industrie-Actien.

Brauerei Patzenhofer	4	101,00 G
Dannenb. Kattun	4	19,75 bz G
Deutsche Baugef.	4	51,00 bz G
Deutsch. Eisenb.-Bau.	4	17,00 bz G
Dtsch. Stahl u. Eisen	4	2,50 G
Donnersmarckhütte	4	19,00 B
Dortmunder Union	4	11 25 bz G
Egell'sche Masch Act.	4	18,00 bz G
Erdmannsd. Spinn.	4	25,50 bz
Flora f. Charlottenb.	4	14,10 bzB
Frist u. Roßm. Nähm.	4	
Gelsenkirch.-Bergw.	4	109,20 bz G
Georg-Marienhütte	4	76,50 bz B
Hibernia u. Shamr.	4	41,25 G
Immobilien (Berl.)	4	82,75 G
Kramsta, Leinen F.	4	86,00 G
Lauchhammer	4	23,75 G
Laurahütte	4	60,25 bz [illegible]
Luise-Tiefbau-Bergw.	4	31,75 bz
Magdeburg. Bergw.	4	121,00 bz G
do. Spritfabrik	4	20,00 bz G
Marienhütte Bergw.	4	65,10 bz
Massener Bergwerk	4	29,00 bz
Menden u. Schw. B.	4	49,00 G
Oberschles. Eis.-Bed.	4	31,40 bz G
Ostend	4	10,50 G
Phönix B.-A. Lit. A.	4	53 30 bz B
Phönix B.-A. Lit. B.	4	45,90 bz
Redenhütte	4	4,00 G
Rhein.-Nass. Bergwerk	4	89,75 bz G
Rhein.-Westfäl. Ind.	4	20,50 G
Stobwasser Lampen	4	57,00 bz
Union-Eisenwerk	4	10,75 bz G
Unter den Linden	4	21,25 bz
Wäsemann Bau-V.	4	37,20 B
Westend (Quistorp)	fr.	4,60 bz G
Wissener Bergwerk	4	31,75 B
Wöhlert Maschinen	4	20,30 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Aachen-Mastricht	4	24,50 bz G
Altona-Kiel	4	114,25 bz G
Bergisch-Märkische	4	83,25 bz G
Berlin-Anhalt	4	109,50 bz
Berlin-Dresden	5	32,50 bz G
Berlin Görlitz	4	43,25 bz G
Berlin Hamburg	4	172,00 G
Berliner Nordbahn	fr.	
Brl.-Potsd. Magdeb.	4	77,75 bz G
Berlin-Stettin	4	128,60 bz
Bresl.-Schw.-Freibg.	4	81,75 bz B
Cöln-Minden	4	101,75 bz
do. Litt. B.	5	97,50 bz
Halle-Sorau-Guben	4	12,50 bz G
Hann.-Altenbeken	4	17,50 bz
do. II Serie	4	
Märkisch Posener	4	23,00 bz
Magd.-Halberstadt	4	66,00 bz B
Magdeburg-Leipzig	4	230,00 bz G
do. do. Litt. B.	4	94,10 bz G
Münster-Hamm	4	98,00 B
Niederschles.-Märkisch	4	98,30 G
Nordhausen Erfurt	4	34,40 bz
Oberschl. Litt. A. u. C.	3½	142,75 bz
do. Litt. B.	3½	132,50 G
do. Litt. E.	5	
Ostpreuß. Südbahn	4	28,40 bz G
Pomm. Centralbahn	fr.	
Rechte Oder-Uferbahn	4	106,60 bz
Rheinische	4	117,90 bz G
do. Litt. B. v. St. gar.	4	93,25 bz
Rhein Nahebahn	4	16,50 bz
Stargard-Posen	4½	101,30 bz
Thüringische	4	115,00 bz
do. Litt. B. v. St. gar.	4	90,75 bz G
do. Litt. C. v. St. gar.	4½	99,25 bz
Weimar-Geraer	4½	48,50 bz G
Albrechtsbahn	5	18,20 G
Amsterdam Rotterd.	4	111,75 bz
Aussig Teplitz	4	116,50 B
Baltische	3	56,10 bz G
Böhm. Westbahn	5	80,70 bz B
Brest-Grajewo	4	26,20 bz
Brest-Kiew	4	51,50 B
Dux-Bodenbach	4	8,40 bz B
Elisabeth-Westbahn	5	71,00 bz
Kaiser Franz Joseph	5	62,00 B
Galiz. Karl Ludwig)	5	86,25 bz
Gotthard Bahn	6	48,80 bz
Kaschau-Oderberg	5	50,90 bz B
Ludwigsh.-Bexbach	4	179,50 bz
Lüttich Limburg	4	23,40 bz G
Mainz-Ludwigsburg	4	101,90 bz
Oberhess. v. St. gar.	3½	72,25 bz
Oestr. frz Staatsbahn	4	
do. Nordwestbahn	5	244,80 bz
do. Litt. B.	5	87,00 B
Reichenb. Pardubitz	4½	57,60 bz
Kronpr. Rudolfsbahn	5	53,10 bz
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	4	26,40 bz G
Russische Staatsbahn	5	105,10 bz
Schweizer Unionbahn	4	9,00 bz G
Schweizer Westbahn	4	17,30 bz B
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau Prag	4	46,00 bz B
Vorarlberger	5	48,60 G
Warschau-Wien	4	201,25 bz

Eisenbahn-Stammprioritäten

Altenburg Zeitz	5	105,00 G
Berlin Dresden	5	79,50 bz G
Berlin-Görlitzer	5	81,00 G
Berliner Nordbahn	fr.	0,75 bz
Breslau Warschau	5	29,50 bz
Chemn.-Aue-Adorf	5	28,00 bz G
Crefeld K. Kempen	fr.	
Gera-Plauen	5	17,25 bz G
Halle Sorau-Guben	5	23,00 bz G
Hannover-Altenbek.	5	38,25 bz
do. II. Serie	5	
Leipz. Gaschw.-Ms.	5	78,25 G
Märkisch Posen	5	66,90 bz
Magdeb.-Halberst. B.	3½	62,25 bz
do do C.	5	90,50 bz G
Münster-Enschede	5	
Nordhausen-Erfurt	5	35,50 G
Oberlausitzer	5	46,00 G
Ostpreuß. Südbahn	5	72,00 bz
Rechte Oderufer-Bahn	5	109,25 bz
Rheinische	4	
Rumänische	8	83,00 G
Saalbahn	5	29,00 G
Saal Unstrutbahn	5	13,60 bz
Tilsit-Insterburg	5	
Weimar-Geraer	5	29,25 bz B

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	91,25 G
do. do. II.	5	98,75 G
do. do. III.	5	97,75 G
Berg.-Märkische I.	4½	
do. II.	3½	99,50 B
do. III. v. St. g	3½	85,50 bz G
do. do. Litt. B.	3½	85,50 bz G
do. do. Litt. C.	3½	76,50 B
do. IV.	4½	
do. V.	4½	97,00 bz
do. VI.	4½	97,00 G
do VII.	5	102,70 B
Aachen-Düsseldorf I.	4	
do. do. II.	4	
do. do III.	4½	
do. Düss. Elb.-Pr	4	
do. do. II.	4½	95,25 G
do. Dortmd.-Soest	4	
do. do. II	4½	
do. Nordb. Fr. W.	5	103,75 bz
do. Ruhr-Cr.-K.	4½	95,25 G
do. do. II.	4	87,75 G
do. do. III.	4½	95,25 G
Berlin-Anhalt	4	
do.	4½	99,30 G
do. Litt. B.	4½	99,30 G
Berlin-Görlitz	5	
do. do.	4½	93,00 B
Berlin-Hamburg	4	
do. do. II.	4	
do. do. III.	5	104,00 B
Berl.-Potsd. M. A. B	4	
do. do. C.	4	92,00 B
do. do. D.	4½	96,25 G
do. do. F	4½	93,10 G
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	92,50 bz
do do. III.	4	92,50 B
do. IV. v. St. g.	4½	103,00 G
do. VI. do.	4	92,50 B
do. VII.	4½	97,10 bz G
Bresl.-Schw.-Freibrg.	4½	97,00 G
do. do. Litt. G	4½	
do. do. Litt. H.	4½	92,00 B
do. do. Litt. I.	4	90,40 B
Cöln-Minden IV.	4	92,40 bz G
do. do. V.	4	90,30 G
do. do. VI.	4½	95,90 bz
Halle-Sorau-Guben	5	90,00 bz G
do. do. II.	5	88,00 bz G
Hannov.-Altenbek. I.	4½	94,00 B
do. do. II.	4½	93,00 G
do. do. III	4½	87,75 bz G
Märkisch-Posener	5	
Magdeb.-Halberstadt	4½	98,10 G
do. do. de 1865	4½	96,00 G
do. do. de 1873	4½	
do. Leipzig de 1867	4½	
do. do. de 1873	4½	
do. Wittenberge	3	
do. do.	4½	97,25 G
Niederschles.-Märk. I.	4	97,00 G
do. II a 62½ thlr.	4	
do. Obl. I. u. II	4	97,00 G
do. do. III. conv.	4	
Nordhausen-Erfurt I.	5	
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	85,75 bz
do. C.	4	92,50 B
do. D.	4	92,50 B
do. E.	3½	85,75 G
do. F.	4½	
do. G.	4½	98,80 G
do. H.	4½	101,00 bz
do. v. 1869	5	103,75 bz B
do. v. 1873	4	
Oberschles. v. 1874	4½	98,30 B
do. Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	92,25 G
do. do.	5	103,90 bz
do. Niedsch. Zwgb.	3½	
do. Starg. Pos.	4	91,50 B
do. do. II.	4½	99,50 B
do. do. III.	4½	99,50 B
Ostpreuß. Südbahn	5	102,60 G
do. Litt. B.	5	101,75 G
do. Litt. C.	5	101,75 G
Rechte-Oder-Ufer	5	104,00 B
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	
do. von 1858, 60	4½	100,00 bz
do. von 1862, 64	4½	100,00 bz
do. v. 1865	4½	100,00 bz
do. 1869, 71, 73	5	103,20 bz
do. v. 1874	5	103,20 bz
Rh.-Nahe. v. St. g.	4½	102,25 G
do. II. do.	4½	102,25 G
Schlesw.-Holstein.	4½	100,00 G
Thüringer I.	4	
do. II.	4½	
do. III.	4	93,00 G
do. V.	4½	100,75 B
do. VI.	4½	98,75 B

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	77,00 B
Gal. Karl-Ludwig. I.	5	85,40 bz G
do. do. II.	5	82,60 bz
do. do. III.	5	80,60 bz
do. do. IV.	5	80,70 G
Lemberg-Czernow. I.	5	67,60 bz
do. II.	5	70,90 bz
do. III.	5	61,00 bz G
do. IV.	5	59 00 bz
Mähr.-Schles. Ctrlb.	fr.	22,00 bz
Mainz-Ludwigshafen	5	103,00 G
do. do.	4½	
Oesterr.-Franz. Stsb.	3	321,00 bz
do. Ergänzungsn.	3	310,70 G
Oesterr. Franz. Stsb.	5	97,50 G
do. II. Em.	5	97,50 G
Oesterr. Nordwestb.	5	77,50 bz G
Oest. Nrdwstb. Litt. B.	5	63,30 G
do. Goldpriorität.	5	
Kronpr. Rud.-Bahn	5	71,70 bz
do. do. 1869	5	70,00 G
do. do. 1872	5	70,10 bz
Rab-Graz Pr.-A.	4	77,75 G
Reichenb. Pardubitz.	5	77,00 bz G
Südösterr. (Lomb.)	3	245,10 bz G
do. do. neue	3	244,90 bz
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	101,30 bz G
do. do. 1877	6	102,30 G
do. do. 1878	6	104,00 G
do. do. Oblig.	5	81,50 bz
Baltische, gar.	5	88,50 bz B
Brest-Grajewo	5	78,50 bz
Charkow-Asow. g.	5	97,50 bz B
do. in Lstr. a 20.40	5	
Charkow.-Krementsch.	5	96,75 B
Jelez Orel, gar.	5	97,00 G
Jelez-Woron., gar.	5	97,30 B
Koslow.-Woron.	5	99 60 G
Koslow.-Woron. Obl.	5	87,25 bz G
Kursk. Chark. gar.	5	96,90 bz
K. Chark.-As. (Obl.)	5	92,50 B
Kursk.-Kiew, gar.	5	98,50 bz G
Losowo Sewast	5	94,50 bz
Mosco-Rjäsan, g.	5	101,10 bz
Mosk.-Smolensk	5	98,40 bz G
Schuja Iwanowo	5	97,40 bz G
Warschau Teresp.	5	95,70 bz
do. kleine	5	95,90 G
Warschau-Wien II.	5	98,90 bz G
do. III	5	95,70 bz
do. IV.	5	93,00 bz
Zarskoe-Selo	5	87,25 G

Druck und Verlag von W. Decker u. Comp. (E. Röstel) in Posen.